

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 RM, monatlich 1.10 RM,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Multiplizierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Bestellungs-
 Preisliste. Unter Anruf nach für
 Deutschland und Österreich - Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ordnung 15/114.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
 je Zeile über deren Raum 60 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Berichter-
 stungen und Schulungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf. (zweifache Zeilenbreite
 Wort), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Stellenanzeigen
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 22. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Justiz sei der Plutokratie untertan.

Der preussische Justizminister hat unter dem 17. Juni dieses Jahres eine allgemeine Verfügung betreffend die Vorschriften über die juristischen Prüfungen und die Vorbereitungen zum höheren Justizdienst (Prüfungsordnung) erlassen. Aus dieser Prüfungsordnung interessieren uns diejenigen Vorschriften insbesondere, die geeignet sind, den Justizdienst einschließlich der Rechtsanwaltschaft zum Privilegium von Personen mit viel Vermögen und wenig Charakter zu machen. Unser Gerichtsverfassungsgesetz enthält keine Garantien für die Unabhängigkeit des Richters. Die wenigen Bestimmungen, die nach dieser Richtung hin in dem Gerichtsverfassungsgesetz enthalten sind, sind dem verstorbenen Zentrumsabgeordneten Windthorst-Meynen zu verdanken. Trotz seiner auf föderative Gestaltung des Reichs gerichteten Grundanschauung anerkannte der verstorbene Zentrumsführer, daß, nachdem einmal das Gerichtswesen einheitlich für das Reich geregelt sei, auch Garantien für eine möglichst gerechte Rechtssprechung durch das Reich gegeben werden müßten. Was nicht es, wenn die Reichsgesetzgebung auspricht, die richterliche Gewalt werde nur durch „unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Richter ausgeübt“, wenn die Einzelstaaten der Verwaltung gestatten, aus allen möglichen Gründen Richter auf Grund eines Disziplinargesetzes zu bestrafen oder zu entlassen, das durch seine kausalfunktionale Bestimmungen der Willkür und dem Belieben der Verwaltungen breitesten Spielraum läßt? Und was nützt die reichsgesetzlich garantierte Unabhängigkeit, wenn die Beförderung des Richters landesgesetzlicher Willkür überlassen bleibt? Nur die Mitglieder des Reichsgerichts sind gegen Willkür durch das Reichsgesetz geschützt.

In Preußen ist politische und konfessionelle Gesinnung und Betätigung sowie die soziale Stellung des Richters nicht dem Einfluß der Justizbehörde entzogen. Ja, entgegen dem konstitutionellen Grundsatze, nach dem jeder, der die Befähigung zu einem Amt hat, zu diesem auch zugelassen ist, ist sogar die Zulassung zum Vorbereitungsdienst, der gleichmäßig für Richter und für Rechtsanwälte gilt, dem Belieben der Verwaltungsbehörde nicht entzogen. Das preussische Abgeordnetenhaus hat im Jahre 1878 die Regierung aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß das Prüfungswesen und der Vorbereitungsdienst für das Richterwesen reichsgesetzlich geregelt werde. Eine solche Regelung ist unterblieben. Nicht eine reichsgesetzliche Regelung besteht für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst, sondern die Willkür der einzelstaatlichen Verwaltungsbehörden.

Die neueste vom preussischen Justizminister herausgegebene Prüfungsordnung gibt drei Gründe an, aus denen ein junger Mann, der das Referendarexamen bestanden hat, dennoch von der Zulassung zum Referendariat, dem reichsgesetzlich vorgeschriebenen Vorbereitungsdienst zum Richteramt und zur Rechtsanwaltschaft, zurückgewiesen werden muß. Es sollen die Präsidenten der Oberlandesgerichte erstens in Zukunft nur noch soviel Referendare in ihrem Bezirk aufnehmen, als tatsächlich mit Erfolg ausgebildet werden können. Ist ein Oberlandesgerichtsbezirk nach Ansicht seines Präsidenten überfüllt, so ist der Kandidat zurückzuweisen. Man sollte annehmen, das Reichsgesetz, das die Beschäftigung als Referendar für die Dauer von mindestens drei Jahren auch für die Erlangung der freien Advokatur vorschreibt, sollte auch die Mittel zur Verwirklichung solchen Vorbereitungsdienstes geben und ebenso sollte man annehmen, ein Landesgesetz und eine Justizverwaltung, die das Reichsgesetz auszuführen haben, das nicht eine privilegierte, sondern eine freie Advokatur kennt, sollte es als seine Pflicht erachten, jedem der dem Reichsgesetz entsprechend seine juristischen Studien vollendet und sein Examen abgelegt hat, die Gelegenheit zu dem reichsgesetzlich vorgeschriebenen Vorbereitungsdienst zu geben. Logisch läßt sich hiergegen auch schwerlich etwas einwenden. Der Justizminister steht aber auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Seine Prüfungsordnung geht von der Voraussetzung aus, eine Pflicht zur Vorbereitung der Referendare bestehe nicht.

Noch schwerwiegender ist ein weiterer Grund, aus dem der Oberlandesgerichtspräsident die Zulassung eines Rechtsbefähigten zur Ausbildung als Referendar ablehnen muß. Er soll dies nämlich müssen, wenn für einen fünfjährigen landesgemäßen Unterhalt nicht gesorgt ist. Es werden dadurch von vornherein alle Söhne minderwohlhabender Eltern, insbesondere Kinder von Arbeitern, kleinen Beamten und Handwerkern von der Zulassung zum Justizdienst ausgeschlossen. In der Praxis wird verlangt, daß für jedes Jahr mindestens 1500 Mark bereit stehen müssen. Diese Praxis ist unvereinbar mit den Grundsätzen des Gerichtsverfassungsgesetzes. Sie ist wiederholt und energisch im preussischen Abgeordnetenhaus und im Reichstag abfällig kritisiert. Trotzdem wird sie auch in dem neuesten Erlass wieder aufrecht erhalten. Die preussische Justizverwaltung nimmt an, ihr Verlangen sei in der über 100 Jahre alten preussischen Gerichtsordnung begründet. In Bayern und Sachsen bestehen ähnliche Vor-

schriften nicht. In Sachsen erhält sogar der Referendar Gehalt. Die preussische Justizverwaltung hat seit Jahrzehnten sich auf den Standpunkt gestellt, ein Referendar dürfe seinen Unterhalt nicht aus eigener Arbeit bestreiten. In der Tat, auch wenn das Reichsgesetz der Auffassung der preussischen Justizverwaltung nicht entgegenstände, läge es doch gerade im Interesse einer gesunden Justiz, daß ein Referendar, der während seiner Vorbereitungszeit seinen Unterhalt durch eigene Tätigkeit selbst erwirbt, selbst erwerben muß, nicht zurückgewiesen, sondern im Interesse einer guten Justiz solchen seiner Kollegen, die ihre freie Zeit mit Reiten, Fischen, Tennis spielen, Saufereien und Sazardieren zubringen, vorgezogen würde. Gerade solche Personen kommen als Richter und als Rechtsanwälte ohne die berühmte Weltfremdheit der Juristen aus und leisten teilweise Vorzügliches. Windthorst hat im preussischen Abgeordnetenhaus auf das Entschiedenste getabelt, daß durch solche Bestimmungen den Lächtigen der Zugang zum Justizdienst verschlossen werde. Er erklärte, wenn die preussischen Verwaltungsbestimmungen zu der Zeit, wo er in den Vorbereitungsdienst trat, maßgebend gewesen wären, so hätte er niemals den Juristenberuf ergreifen können. Er hat sich als Referendar durch Arbeiten bei Rechtsanwälten und durch sonstige Arbeiten seinen Unterhalt selbst verdient. Später wurde er Rechtsanwalt, wurde dann an das höchste hannoversche Gericht berufen und schließlich Justizminister. In ähnlicher Weise hat der bekannte Verteidiger und freisinnige Abgeordnete M u n d e l seinen Unterhalt als Referendar selbst bestritten.

Im Reichstag ist bei Gelegenheit der letzten Beratung einer Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes im Jahre 1911 die vom preussischen Justizminister erneute Vorschrift abfällig kritisiert. In der Kommission wurde verlangt, finanzielle Rücksichten dürften für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst nicht maßgebend sein. Die Kommission schlug eine Bestimmung vor, nach der die Zulassung zum Vorbereitungsdienst vom Nachweis eines bestimmten Vermögens oder Einkommens nicht abhängig gemacht werden darf. Im Plenum verlangte die sozialdemokratische Fraktion aus dieser Vorschrift auch das Wort „bestimmtes“ zu streichen, weil sonst angenommen werden könnte, daß immerhin ein gewisses Vermögen oder Einkommen zum „landesgemäßen Unterhalt“ vorhanden sein müsse. Der Antrag wurde am 6. Februar 1911 mit großer Mehrheit angenommen. Trotzdem hat der preussische Justizminister auch in die neuesten Prüfungsordnung die erwähnte Bestimmung hineingeschrieben, die fast nur den Söhnen Wohlhabender die Möglichkeit läßt, zum juristischen Vorbereitungsdienst und dadurch zur Rechtsanwaltschaft oder zum Richteramt zugelassen zu werden.

Nach der neuen Prüfungsordnung muß ferner der Oberlandesgerichtspräsident das Gesuch zur Zulassung zum Vorbereitungsdienst ablehnen, „wenn der Kandidat der Zulassung zum höheren Justizdienst unwürdig erscheint“. Der Bescheid, den ein Oberlandesgerichtspräsident erläßt, ist für alle Oberlandesgerichtspräsidenten bindend. Bestimmte Tatsachen, aus denen die Unwürdigkeit zu folgern seien, werden in der Prüfungsordnung nicht angegeben. Es besteht also die Gefahr, und zwar im verstärkten Maße wie bislang, daß aus politischen, konfessionellen oder sozialen Gründen einem Rechtskandidaten der Weg zur Advokatur und zum Richteramt verschlossen wird. Es ist das ein mit einem konstitutionellen Staatswesen unvereinbares Verhältnis. Windthorst hat seinerzeit mit Schärfe darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, „daß auch die Söhne mitleidiger Männer, wenn sie sich der Jurisprudenz widmen, ihr Fortkommen finden können, ohne bei dem Justizminister anknöpfen zu müssen“. Im Reichstag ist eine Reihe von Fällen angeführt worden, in denen Referendare wegen ihrer politischen Gesinnung zum Referendariat nicht zugelassen oder als Referendare entlassen sind. Unter anderem führte der polnische Abgeordnete v. Dziembowski-Pomian den folgenden Fall an: Ein Rechtskandidat wurde zum Prüfungsdienst nicht zugelassen, weil er im Hause eines — übrigens sehr reichen Herrn verkehrt habe, der größere Gesellschaften gebe und in dessen Gesellschaften auch vielfach Vorträge über polnische Literaturgeschichte gehalten wurden. Die Anhörung von Vorträgen über polnische Literatur genügt, um dem jungen Mann die juristische Karriere zu verschließen. Bekannt sind Fälle, in denen Sozialdemokraten die Zulassung verweigert wurde, weil sie Sozialdemokraten sind. Die Verfügung des Justizministers widerspricht der Reichsgesetzgebung, sie schließt die Tore des Vorbereitungsdienstes für den Justizdienst der minder wohlhabenden Bevölkerung und ebnet die Wege, um wegen „Unwürdigkeit“ politisch, religiös oder sozial mitleidige Personen vom Justizdienst auszuschließen. Sie geht noch weiter als die bekannte Nichtzulassung zum Offizier. Nach der Verfügung kann einem Referendar der Vorbereitungsdienst verweigert werden, weil er Sozialdemokrat oder Fortschrittler oder Zentrumsmann oder weil er Katholik oder Jude ist, oder weil sein Vater Arbeiter oder Handwerker oder seine Tante Eierhändlerin ist. Das ist ein Zustand, der mit Notwendigkeit dahin führen muß, daß für den Justizdienst so ausgelesene

Elemente im Richteramt wie in der Rechtsanwaltschaft in einseitigster Weise lediglich die Interessen des Kapitalismus wahrnehmen können, weltfremd sind und mit Reid und Verachtung auf harte Arbeit, auf Charakter und Gesinnungstreue herabsehen. Hinzu tritt, daß ein einmal zum Referendar Ernannter, ohne daß das Gesetz bestimmte Tatsachen angibt, also lediglich nach Maßgabe der Willkür der Verwaltung, aus dem Vorbereitungsdienst entfernt werden kann. Dringend erforderlich ist, daß solcher Begünstigung der Plutokratie und solcher Schulung für Charakter- und Gesinnungslosigkeit durch Reichsgesetz ein Riegel vorgeschoben wird. Oder meint der preussische Justizminister, durch derartige Verfügungen könne Vertrauen zum Richteramt herbeigeführt werden? In der Tat sind sie geeignet, den Rest von Vertrauen zu künftigen Richtern und auch zu Rechtsanwälten zu unterbinden. Wie kann ein Richter Gerechtigkeit finden, wenn schon die Voraussetzung zu seinem Vorbereitungsdienst in so eindringlicher Weise ihm den kapitalistischen Grundlag predigen: seid untertan dem Kapitalismus, meidet wertloschaffende Arbeit!

Friedensverhandlungen.

Die neue bulgarische Regierung hat sich endlich damit abfinden müssen, mit ihren Gegnern in direkte Verhandlungen einzutreten. Bulgarische Delegierte sind bereits in Nisch eingetroffen, wo die Bedingungen des Präliminarfriedens festgelegt werden sollen. Der Entschluß Bulgariens ist auf den Druck Rumäniens zurückzuführen, das seine Truppen nicht eher zurückziehen will, als bis Bulgarien mit seinen Gegnern Frieden geschlossen hat. Außerdem hat auch der Vorstoß der Türken auf Adrianopel sein Übriges getan, die Bulgaren zum Nachgeben zu zwingen.

Verfrüht sind jedenfalls die Meldungen, nach denen die türkische Armee schon in Adrianopel eingebrungen sein soll. Aus allen Lagern kommen jetzt lauter denn je Klagen über Kriegsgrenel und Barbareien — der anderen. Mögen diese Klagen im einzelnen auch tendenziös aufgebauscht sein, so enthalten sie alle sicherlich doch viel Wahres. Trotz moderner Waffentechnik und Taktik wird der Krieg der Balkanvölker doch nach halbasiatischen Methoden geführt. Der alte Massenhaß tobt sich infolge des Krieges ohne jede Hemmung aus, und Bulgaren, Serben, Griechen und Türken begehen in gleicher Weise Brutalitäten an den Angehörigen der feindlichen Nation. Es wird lange dauern, ehe die Länder und Völker sich von den bestialischen Begleiterscheinungen dieses „frischfröhlichen Krieges“ werden erholen können.

Bulgariens Friedensbereitschaft.

Bukarest, 21. Juli 1913. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Der neuernannte bulgarische Premierminister Radoslawoff teilt heute der rumänischen Regierung mit, daß Bulgarien es nicht beabsichtige, nur mit Rumänien Frieden zu schließen, um sodann den Krieg mit den anderen Mächten weiterzuführen, daß es vielmehr Friedensvollmächttige ernannt habe und gleichzeitig anfrage, wo über die Friedensbedingungen verhandelt werden kann.

Die rumänischen Friedensbedingungen.

Bukarest, 21. Juli. (Meldung der „Agence Roumaine“). Der offiziellen „Presse“ zufolge hat die rumänische Regierung in ihrer Antwort auf die letzte bulgarische Note folgende Friedensbedingungen gestellt: 1. Die Grenze Turtulaj-Dobrußa-Baltisch. 2. Verbleiben der rumänischen Armee in Bulgarien bis zum Abschluß des Friedens.

Die bulgarischen Delegierten in Nisch.

Belgrad, 21. Juli. Gestern abend trafen die bulgarischen Friedensdelegierten, die Generale Paprikow und Zwantschiew, in Nisch ein, um mit den Delegierten sämtlicher Verbündeten unverzüglich in direkte Friedensunterhandlungen einzutreten.

Erregung in Bulgarien.

Sofia, 20. Juli. (Meldung des Wiener N. N. Teleg. Korrespondenz). Angehts der verzweifeltsten Lage Bulgariens herrscht hier außerordentliche Aufregung. Man ist auf alle Eventualitäten gefaßt. Die bulgarische Armee ist dadurch vollkommen lahmgelegt, daß durch die Zerstörung der über den Vid führenden Eisenbahnbrücke die einzige Zufahrtslinie für die Verpflegung aus dem Norden Bulgariens unterbrochen ist.

Der Vormarsch der Türken.

Sofia, 21. Juli. Der Militärgouverneur von Thrazien meldet, daß die türkischen Truppen, die gestern von Unkterrus und Lule Burgas her vorrückten, von Enver Bei geführt werden und aus Kurden bestehen, unter denen man Serben bemerkt.

Eine türkische Rechtfertigungsnote.

Konstantinopel, 21. Juli. In der Zirkularnote der Porte über ihr Vorgehen gegen Bulgarien heißt es: Trotz des von Bulgarien an den Tag gelegten Offens, den Präliminarfrieden zu unterzeichnen, weigerte sich Bulgarien, Gebiete zu räumen, die an die Türken zurückgelangen müssen. Bulgarien handelte zweifellos in der Absicht, eine solche Grenze zu sichern, welche der irrigen Interpretation entsprechen sollte, welche Bulgarien der Bestimmung der Linie Widia-Enos geben wollte. Erst als die türkische Regierung, des Variens müde, die Armee beauftragte,

Diese Gebiete wieder zu besetzen, beschloß die bulgarische Regierung, die Truppen zurückzuführen. Andererseits bestand die Forderung, um die Möglichkeit zu haben, die Hauptstadt und die Nordosten zu verteidigen, darauf, jeden Beweis zu erbringen, daß nur durch die nach Norden längs der Mariza gehende Linie, die ihren Ausgangspunkt in Enos nimmt, die Grenze gebildet werden könne. Die Tatsache, daß diese Linie nicht so, wie es sein müßte, im Friedensvertrag festgelegt wurde, erklärt sich aus dem Wunsche der Mächte, die damals den Bulgaren erhobenen Schwierigkeiten zu begegnen und so rasch als möglich die Zusammenkunft der Delegierten in London sicherzustellen.

Demgemäß und in dem hauptsächlichsten Zwecke, alle Komplikationen zu vermeiden, wandte sich die Forderung an Bulgarien, um ihm die Gründe mitzuteilen, weshalb sie gezwungen sei, darauf zu bestehen, daß die Grenze dem Laufe der Mariza bis Adrianopel folge. Die Türkei hätte gewiß vorgezogen, diese Fragen mit Bulgarien auf diplomatischem Wege zu regeln. Leider hindern die von den Bulgaren in den besetzten Gebieten mit unbeschreiblicher Barbarei und Vandalismus verübten Greuel, welche ihre Beziehungen mit derselben Empörung feststellen konnten, wie die türkischen Truppen, die Türkei an einer diplomatischen Lösung. Die Erfahrung bewies, daß alle mit Bulgarien begonnenen Verhandlungen dazu beruhten sind, endlos in die Länge gezogen zu werden.

Unter diesen Umständen sieht sich die Forderung gezwungen, die fragliche Grenze schon jetzt zu besetzen, indem sie sich vertritt, im Einklang mit dem Wunsche der Mächte das künftige Geschick Thrakiens festzustellen. — Die Forderung fügt hinzu, daß sie, in dem Wunsche, die Entscheidung der Mächte zu achten und Bulgarien normale Beziehungen herzustellen, die genannte Linie als endgültige Grenze ansieht, indem sie sich verpflichtet, sie unter keinem Vorwande zu überschreiten. Die Forderung hofft, die Mächte werden erkennen, daß der gegenwärtige Krieg zwischen den Balkanstaaten und die mit Bezug auf Thrazien vertretenen Kombinationen die Forderung doppelt zwingen, die Grenze so bald als möglich sicherzustellen, um die Sicherheit der Hauptstadt zu verbürgen, und daß die Mächte, der besonderen Lage Thrakiens Rechnung tragend, Bulgarien die notwendigen Ratschläge erteilen werden, um eine rasche und friedliche Lösung in dem dargelegten Sinne zu sichern. Die Forderung glaubt schon jetzt, die Verantwortung für eine eventuelle Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auf Bulgarien schieben zu müssen.

Die Haltung der Mächte.

London, 21. Juli. Unterhaus. Das Unterhausmitglied Buxton (lib.) fragte an, ob die Grenzlinie Enos—Medea die Zustimmung der Mächte erhalten habe, ob somit ihre Verletzung eine Beleidigung für die Mächte sei, und welche Schritte die Mächte zu tun gedächten, um ihrer Entscheidung Achtung zu verschaffen. Parlamentsuntersekretär McLan erwiderte, die Grenze Medea—Enos sei durch den Londoner Vertrag festgesetzt worden und dieser Vertrag sei unter Mitwirkung der Mächte geschlossen worden, als sie zwischen der Türkei und den Balkanstaaten vermittelten. Die Türkei habe der englischen Regierung gegenüber noch bis in die letzten Tage hinein mehr als einmal jede Absicht von sich gewiesen, die neue Grenze zu verletzen zu wollen. Es seien von seiten der Mächte nachdrückliche Vorstellungen bei der Türkei erhoben worden, durch welche von einem solchen Beginnen abgeraten worden sei. Angesichts der neuesten Mitteilungen in der Presse hätten sich die Mächte auch mit der Angelegenheit beschäftigt, doch könne er nicht sagen, was in dieser Beziehung beschlossen wurde. Buxton fragte, ob von der englischen Regierung im Verein mit den übrigen Mächten sofort entsprechende Schritte getan würden. McLan erwiderte, die Sache werde heute nachmittags von den Vorkämpfern beraten.

Die Rumänen in Bulgarien.

Sofia, 21. Juli. Die Agence Bulgare meldet: Die Brücke Dolni—Dabnik bei Mileklatsee an der Eisenbahnlinie Sofia—Warna ist von rumänischen Truppen zerstört worden. Die Telegraphenanlagen Dolni—Dabnik sind beschädigt worden. Die Brücke bei Plewna am Kilometerstein 193 ist zerstört, ebenso eine andere bei der Zementfabrik in der Nähe von Plewna. Die Telegraphenlinie längs der Eisenbahn nach Plewna ist unterbrochen. Gerüchtweise verlautet, daß die Brücken der Ortschaft Kreta und über den Bidfluß abgebrochen sind. Die Rumänen requirieren Lebensmittel und Futtervorräte.

Serben und Albaner.

Wien, 21. Juli. Die Albanische Korrespondenz meldet aus Skutari: Die Serben, welche innerhalb der Grenzen des von der Vorkämpfervereinigung Albanien zugewiesenen Gebiets starke Garnisonen gehabt haben, haben nunmehr ihre im nordalbanischen Gebirge stehenden Truppen um 2000 Mann verstärkt und Teile derselben nach Süden vorgeschoben, um das Malbesio zu besetzen. Eine größere Abteilung besetzt bereits das Malleschengebirge, wobei es zu Kämpfen zwischen den serbischen Truppen und den Malleschern gekommen ist. Die letzteren verloren dabei gegen 100 Mann. Unter den Gebirgsstämmen herrscht große Erregung.

Griechischer Protest gegen bulgarische Greuel.

Saloniki, 20. Juli. (Meldung der Agence d'Athènes.) Gestern fand in der von den Bulgaren zerstörten Stadt Serres eine Kundgebung der Bevölkerung gegen die bulgarischen Grausamkeiten statt. Nachdem griechische, muslimische und israelitische Redner gesprochen hatten, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der im Namen von 2000 Menschen, die ohne Obdach, Nahrung und Kleidung zurückgelassen seien, angesichts der noch rauchenden Trümmer der Stadt der tiefen Entrüstung über den Vandalismus der bulgarischen Armee Ausdruck gegeben wird, auf den die Aufmerksamkeit der gestützten Welt gelenkt werden müsse. Es möge eine internationale Kommission gebildet werden, die die Ausdehnung der Untaten an Ort und Stelle konstatieren könne.

Bulgarische Klagen über serbische und türkische Grausamkeiten.

Berlin, 20. Juli. Die bulgarische Gesandtschaft in Berlin hat folgende amtlichen Depeschen aus Sofia bekommen:

1. Alle bulgarischen Dörfer in der Umgebung von Titowisch, jenseits des Warbar, sind am 6. Juli von den Serben, Paschiboguz und Pomaken verbrannt worden. Die Mädchen sind von den Serben entführt, viele davon getötet worden. Die übrige Bevölkerung ist geflohen. Die Städtchen Komsardzi und Negotin sind am 7. und 8. Juli niedergebrannt worden. Ein Teil der Bevölkerung ist getötet, der andere nach Bulgarien geflohen.
2. Der Kommandant von Deboagaisch meldet, daß die bulgarischen Dörfer in der Umgebung von Ispasala von den Türken verbrannt worden sind. Nach Berichten ist die bulgarische Bevölkerung des Dorfes Bulgarkö bei Kofchan getötet worden.
3. Der Kommandant der bulgarischen Truppen an der türkischen Grenze berichtet, daß viele türkische Vandalen, welche der türkischen Armee vorausgehen, in die christlichen Dörfer eindringen und alles, was irgend zu erreichen ist, plündern. Unter diesen Vandalen befinden sich auch türkische Soldaten, welche die Bulgaren im Kerker gefangen genommen hatten, und die vor einiger Zeit, um ihre Felder zu bestellen, von den Bulgaren freigelassen wurden.

Die ganze bulgarische Bevölkerung flieht vor der türkischen Armee, und die Wege sind von Flüchtlingen überfüllt.

Politische Uebersicht.

Die Oeffentlichkeit im Kruppprozess.

Das Kriegsministerium, das so gerne die Oeffentlichkeit bei den Verhandlungen des Kruppprozesses ausgeschlossen gesehen hätte, scheint sich nun doch endlich dazu verstanden zu haben, daß wenigstens ein Teil der Verhandlungen öffentlich stattfindet. Wie bestimmt verlautet, werden die Verhandlungen gegen die Zeugoffiziere und einen Intendantursekretär in der Kruppangelegenheit vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur zum größeren Teil öffentlich geführt werden, und zwar werden der allgemeine Teil und die Plaidoyers öffentlich sein; dagegen werden wahrscheinlich am Nachmittag des ersten Verhandlungstages die Einzelheiten der den Kruppbeamten gemachten Mitteilungen im „Interesse der Staatssicherheit“ unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt werden. Den Zeitungsberichterstellern sind bereits Einlaßkarten verabfolgt worden. Verhandlungsführer ist Kriegsgerichtsrat Dr. Coerrens, juristischer Beisitzer Kriegsgerichtsrat Dr. Brennering, Vertreter der Angeklagten ist Kriegsgerichtsrat Dr. Welt. Die drei richterlichen Offiziere sollen erst in den nächsten Tagen ernannt werden.

Wieviel diese Ankündigung sich bewahren wird, ist allerdings noch ziemlich zweifelhaft, bleibt doch die Zulassung und Ausschließung der Oeffentlichkeit völlig dem freien Ermessen des Gerichtshofes anheimgestellt, der sicherlich auf die Wünsche des Ressortministeriums weitest Rücksicht nehmen wird. Befremden muß schon, daß tatsächlich nur untergeordnete Personen angeklagt sind, nämlich die Zeugleutnants Dröbe, Heist, Hoqe, Schleuder, Schmidt und Tilian, sowie der Oberintendantursekretär Pfeifer.

Das alte Spiel.

Wie die Korrespondenz Piper von zuständiger Seite erfahren haben will, soll die Meldung der „Militärisch-Politischen Korrespondenz“, daß im Kriegsministerium alle Vorarbeiten für eine Neu- bzw. Umbewaffnung der Artillerie getroffen würden, völlig aus der Luft gegriffen sein.

Zu der Meldung der gleichen Korrespondenz, die übrigens kommentarlos von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt wird, von der Schaffung einer Auslandkreuzerflotte will die Korrespondenz Piper von maßgebender Stelle die Mitteilung erhalten haben, daß ein solches fliegendes Geschwader unter dem Titel Dispositions-Geschwader vier Panzerkreuzer bereits in dem jetzigen Flottengesetz enthalte. Die Auslandkreuzerflotte, die mit der systematischen Durchführung des Flottengesetzes gebaut wird, ist also nichts was über den bestehenden Bauplan hinausgeht.

Eine derartige vorläufige Ablehnung der weiteren Rüstungsabsichten war vorauszusehen. Nur haben derartige Dementis nach dem unwürdigen Verierpiel, das vor Einführung der letzten Riesenheeresvorlage getrieben wurde, jede Glaubwürdigkeit verloren. Wir haben schon vor einiger Zeit auf Grund von Erörterungen in der militärischen Fachpresse eine Ränderung der Bewaffnung und Ausrüstung der Artillerie vorausgesagt. Ueber kurz oder lang wird sie sicher kommen.

Konservativ-nationalliberale Annäherung in Sachsen.

Die sächsischen Konservativen sehen ihr Werden um die Gunst der Nationalliberalen eifrig fort, da sie gar zu gerne die Sozialdemokratie aus dem Präsidium der Zweiten sächsischen Kammer verdrängen und selbst wieder in diesem einen Sitz einnehmen möchten. Die Chemnitzer „Allgemeine Ztg.“ veröffentlicht folgende ihr von dem Führer der sächsischen konservativen Landtagsfraktion, dem Geh. Hofrat Opitz zur Verfügung gestellten Ausführungen, die, wie er erklärt hat, mit der Auffassung seiner Fraktion völlig übereinstimmen:

Für die konservative Fraktion sei es an sich ja am vorteilhaftesten, wenn sie in einem Präsidium, für dessen Zusammensetzung das Stärkeverhältnis der Fraktionen als das Bestimmende abgeleitet worden sei, nicht vertreten ist. Die konservative Fraktion habe, indem sie diesen Grundsatz im letzten Landtag befolgte, der Verwahrung gegen ihre Uebergebung bei der Wahl des Präsidiums den wirksamsten Ausdruck verliehen und es infolge dieser Haltung auch sonst vermeiden können, ihrer Selbständigkeit oder ihrem Ansehen als der stärksten Fraktion der Kammer etwas zu vergeben.

Wenn die konservative Fraktion gleichwohl bereit sei, auf diese Vorteile durch ihren Wiedereintritt in ein nach anderen Grundsätzen zusammengesetztes Präsidium zu verzichten, so geschehe es im wesentlichen mit Rücksicht darauf:

1. daß, wie die Präsidentenwahl im letzten Landtag gezeigt habe, bei der Nichtbeteiligung der konservativen Fraktion die Gefahr der abermaligen Wahl eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Partei in das Präsidium nicht ausgeschlossen sei, und
2. daß durch die Fernhaltung der Konservativen vom Präsidium die Gegenläufigkeit zwischen der konservativen und nationalliberalen Partei unausbleiblich eine noch weitere Verschärfung erfahren würden.

Geleitet aber von der Ueberzeugung, daß eine solche Verschärfung der Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien nur der Umsturzpartei zugute kommen würde, dürfte die konservative Fraktion nicht abgeneigt sein, im nächsten Landtage den Wünschen der nationalliberalen Fraktion bei der Zusammenlegung des Präsidiums entgegenzukommen, wenn auch seitens der nationalliberalen Partei erklärt werde, die Gegnerschaft beider Parteien bei aller Wahrung der grundsätzlichen Stellung streng in sachlichen Grenzen zu halten, dafür aber im Kampfe um die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung gegenüber der Umsturzpartei sich gegenseitig zu unterstützen. Unter dieser Voraussetzung bestche die Aussicht, daß die konservative Fraktion durch eins ihrer Mitglieder in das Präsidium der Kammer wieder einzetrete, sowie nicht weniger darauf, daß auch die persönlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der beiden Fraktionen, die unter den bisherigen Verhältnissen so gut wie abgebrochen gewesen, wieder hergestellt werden.

Wie es scheint, ist ein recht beträchtlicher Teil der sächsischen Nationalliberalen geneigt, wieder mit den Konservativen zu partiiieren.

Reaktionäre Handhabung des Vereinsgesetzes auf höhere Anweisung.

Im Ruhrgebiet finden zurzeit eine Reihe Verhandlungen vor Schöffengerichten statt, in denen die Frage zu entscheiden ist, ob Strafverfügungen zu Recht ergangen sind, weil polnische Landtagswählerversammlungen nicht angemeldet worden und auch in diesen polnisch gesprochen worden ist. Die Parteipresse hat jüngst über ein freisprechendes Urteil des Schöffengerichts Bochum berichtet. Die Sache war um deswillen besonders bemerkenswert, weil Polizei und

Vertreter der Staatsanwaltschaft sich die erdenklichste Mühe gaben, dem Begriff „zum Betriebe der Wahlen“ eine überwiegend wahltechnische Deutung zu geben, womit die Erleichterungen, die das Vereinsgesetz für die Zeit nach Ausschreibung der Wahlen bis zu deren Erledigung illusorisch gemacht werden sollten.

In einer am Sonnabend in Hedlinghausen stattgefundenen Verhandlung über die gleiche Frage, die, wie vorausdemerkt sei, gleichfalls mit Freisprechung endete, machte der Verteidiger der Angeklagten eine wichtige Feststellung. Er teilte mit, daß er aus den Akten ersehen habe, daß das ungesetzliche Vorgehen der Polizeibehörden auf einen Ullas des Regierungspräsidenten von Münster zurückzuführen sei, in dem die Polizeibehörden angewiesen werden, darauf zu achten, daß während der Landtagswahlkampagne nicht unter der Vorgabe von Wählerversammlungen öffentliche Versammlungen allgemein politischer Natur abgehalten würden. Da im Regierungsbezirk Arnsberg die gleiche Methode angewandt worden, so darf man füglich annehmen, daß auch das Vorgehen der dortigen Polizei auf eine entsprechende Anweisung des Regierungspräsidenten zurückzuführen ist. Damit wäre weiter der Mißbrauch gestoppt, daß der von den Gerichten für ungesetzlich erklärte Eingriff in das Versammlungsrecht letzten Endes von der preussischen Regierung veranlaßt worden ist.

Zum Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.

Aus Dresden wird gemeldet: Dem zum zweiten Male zum stellvertretenden Bürgermeister von Reußbüchel gewählten sozialdemokratischen Stadtrat Zimmerthal wurde vom sächsischen Ministerium des Innern die Befähigung versagt. Gleichzeitig hat das Ministerium den Regierungsrat Zimmer mit der kommissarischen Verwaltung der zur Kreisshauptmannschaft Zwickau gehörigen Stadtgemeinde beauftragt.

Der Teufel in der Kirchen-Zeitung.

Bisher gaben die frommen Katholiken der Sozialdemokratie die Schuld an der Zerstörung der christlichen Familie und der Abnahme der Geburten. Jetzt hat man glücklich eine andere Art gefährlicher Umstürzlerinnen entdeckt: die Dienstmädchen. In der Nr. 8 der „Kirchen-Zeitung“ der Pfarre St. Agnes, Köln, klagt ein geistlicher Herr, daß die Dienstmädchen nicht mehr zu kinderreichen Familien gingen und aus diesem Grunde die Zahl der Geburten eingeschränkt würde. Klagen predigt er die Dienstmädchen also an:

Die Hausfrau ist nicht bequem, nicht ohne Opferinn, aber dieses Dienstmädchenelend, welches es ihr unmöglich macht, ihren Mann zufriedenzustellen und ihr Haus und die Kinder in herkömmlicher Weise zu besorgen, läßt sie vor dem Anwaschen ihrer Kinder schmerzhaft zurückschrecken. Und der Mann denkt mit Schrecken an eine Vermehrung der Kinder und damit der Arbeiten für die Gattin. Und die schlechten, verderblichen Anschauungen, denen er zuweilen begegnet und die ihn anfangs entrüstet haben wollen jetzt auf einmal sich ihm aufdrängen in der Stunde der Versuchung.

So steigt aus dem Dienstmädchenelend eine gräßliche Gefahr heraus, ja, sie ist schon da, sie unterminiert die christliche Familie, sucht sie in ihren Grundlagen zu erschüttern, zu entehren und zu entwürdigen.

Schredlich, was diese staatsgefährlichen Dienstmädchen auf dem Gewissen haben!

Aber der Teufel hat sogar der fächer mit Weihwasser genügend besprengten Kölner Kirchen-Zeitung einen schlimmen Streich gespielt. In der erwähnten Predigt klagt sie nämlich herzbewegend über die „unseligen Inserate, in denen die Dienstmädchen kinderlose Familien suchen“. In den eigenen Inseratenteil hat ihr jedoch der Gottseibeiuns diese Annonce geschmuggelt:

„Besseres gebildetes katholisches Mädchen, Fräulein, sucht Stellung bei alleinstehenden Leuten zur Führung des Haushalts.“

Es ist wahrlich weit gekommen, wenn sich der Teufel sogar in einer Kirchenzeitung breitzumachen wagt. Die Inseratenabteilung des frommen Blättchens aber wird sofort gründlich ausgeräuchert werden müssen.

Bändlerische Mittelstandsfreundlichkeit.

Zu Wahlenzeit trübt der Bund der Landwirte vor Mittelstandsfreundlichkeit. Seine Agitatoren pflegen dann mit Vorliebe auf die Konsumvereine hinzuweisen, die angeblich dem Mittelstand den Todesstoß versetzen. In Wirklichkeit ist es aber gerade der Bund der Landwirte selbst, der den Mittelstand auf das allerschwerste schädigt, und zwar durch seinen Warenhausbetrieb. Wie umfangreich und mannigfaltig der Warenhandel ist, den der Bund der Landwirte betreibt, das ergibt sich aus dem folgenden, im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Zirkular:

Breslau II, im Juli 1913.
Zirkular Nr. 3.

An unsere Mitglieder! Zum Bezuge von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aller Art erlauben wir uns hiermit unsere Vermittlung in Erinnerung zu bringen. Wir liefern sämtliche landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte in den bewährtesten Fabriken zu Vorzugspreisen für Bundesmitglieder.

Für die Erntemonate empfehlen wir besonders: Gras- und Getreidemähmaschinen, Garbenbinder, Pflanzmaschinen, Seewender, Schwadenrechen usw. Besonders leistungsfähig sind wir in der Lieferung vollständiger Dreschapparaturen in jeder Größe und Zusammenstellung, Motoren, Lokomobile, Strohpresen, Pflanzmaschinen.

Ferner übernehmen wir die Ausarbeitung von Projekten für Molkereien, Kartoffel-Trocknungsanlagen, Brennerien, Sägeanlagen und die Lieferung der kompletten maschinellen Einrichtung für bearbeitete Anlagen. Für elektrische Kraft- und Lichtanlagen, auch im Anschluß an Ueberland-Zentralen, beschäftigen wir besondere Fachleute. Wir sind gern bereit, bereits vorliegende Prospekte auf ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen und unsere großen Erfahrungen unseren Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Wir führen auch die Gründung von Genossenschaften zum gemeinschaftlichen Betriebe der vorstehend angeführten Anlagen aus.

Sämtliche landwirtschaftlichen und technischen Bedarfsartikel, wie Bindgarn für Garbenbinder und Strohpresen, Maschinenöle, Riemen usw. werden in bester Beschaffenheit zu mäßigen Preisen geliefert. Sachkundige Beamte und eigene Monteure stehen auf Wunsch zur Verfügung usw.

Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte, G. m. b. H., Berlin.
Geschäftsstelle Breslau, Flurstr. 3.

Es ist bekannt, daß der Bund der Landwirte durch eine besondere Zentrale einen schwunghaften Weinhandel betreibt, wie ja auch sein Düngemittelvertrieb sich zu einem recht profitablen Geschäft entwickelt hat. Wie lange noch und der Bund der Landwirte wird seinen Betrieb auch dahin ausdehnen, die von den Agrariern abgelegten alten Kleider zu verschaffern!

Das schwarze Jugendheer.

Mit einem geradezu sabelhaften Eifer sucht die katholische Kirche ihre jungen Schäflein vor der freien Jugendbewegung, die in einer Werbestift mit dem reichenden Wolf verglichen wird, zu bewahren. Aus einem Artikel, der die Kunde durch die Zentrumspresse macht, erfährt man, daß zurzeit 2658 katholische Jugendvereinigungen mit 257 465 Jugendlichen vorhanden sind. Das Generalsekretariat gibt unter dem Titel

„Bunde Feste“ eine Sammlung von zwölf Schriften für die Jugend heraus, die schon in 300 000 Exemplaren verbreitet sind. Beachtenswert ist, daß „Die Wacht“, die nur eines der katholischen Jugendorgane ist, in den letzten fünf Jahren ihre Abonnentenzahl von 45 000 auf 115 000 gesteigert hat.

Mit besonderem Erfolg gelingt es der katholischen Kirche die Mädchen heranzuziehen. In der vorigen Woche war in Bamberg der Erste Süddeutsche Jugendtag versammelt. Dort konnte die Leitung des Verbandes Süddeutscher katholischer Jugendvereine für die im Erwerbsleben stehenden Mädchen über 134 Vereine mit 10 000 Mitgliedern berichten. Die Verbandszeitung „Die gute Freundin“ hatte 140 000 Abonnenten, eine andere katholische Jungfrauenzeitung „Kotburga“ marschiert mit 8000 Leserinnen auf. Aus diesen unsäglich albern redigierten Blättchen geht ein wahrer Strom von Stumpfsinn in die Köpfe der weiblichen katholischen Jugend. Für die Nichtkatholiken klingt es wie ein Witz, wenn man liest, daß zum Verbandsvorsitzenden der Jungfrauen wieder ein Mann, nämlich der Münchener Redakteur Pichlmayer gewählt wurde. Auch der Präses jedes Jungfrauenvereins ist ein Mann, und zwar stets ein Geistlicher, der sich gern und oft mit seinen „Marienkindern“ photographieren läßt.

Von der interkonfessionellen und staatlichen Jugendpflege wollen die Katholiken nach wie vor nichts wissen, auch wenn sie sich an den staatlichen Ortsausschüssen beteiligen, weil sie sonst bei der Verteilung der Staatszuschüsse leer ausgehen würden. Auf dem erwähnten Süddeutschen Jugendtag sagte der Bamberger Erzbischof klar und deutlich:

„Wo es sich handelt um die Erziehung der Jugend zu tüchtigen gottesfürchtigen und königstreuern Männern, da muß ein interkonfessioneller Verein versagen, und ein Versuch, in einem solchen Verein die Jugend zu retten, muß totlicher mit einem Mißerfolg enden.“

Der Merkantilismus hält also die Jugend fest in seinem Bann und traut nicht einmal den Hurratrioten über den Weg. Er sieht in der kirchlichen Umnebelung das einzige Mittel, die jungen Köpfe vor dem frischen Aufbruch der freien Jugendbewegung zu bewahren.

Holland.

Die Ministerfrage.

Amsterdam, 21. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine neue Konferenz von Parteivorstand, der neuen Kammerfraktion und der Redaktion des Zentralorgans hat beschlossen, den schon ausgeschriebenen außerordentlichen Parteitag zur Beratung der Ministerfrage nicht stattfinden zu lassen. Die Konferenz hat sich nämlich mit beträchtlicher Mehrheit gegen jede Teilnahme von Sozialisten an einer liberalen Kabinettsbildung in der heutigen Situation ausgesprochen, unter Beibehaltung ihrer schon früher ausgesprochenen Vereiterklärung, ein liberales Kabinett zu unterstützen, das so schnell wie nur möglich das allgemeine Wahlrecht und die unentgeltliche Staatspensionierung bringen soll. Die Konferenz wünscht aber nicht, mit sozialistischen Ministern auch die Fraktion und die ganze Partei zu Gefangenen des liberal gearteten Kapitalismus zu machen und betrachtet auch ein so wenig homogenes und dadurch schwaches Kabinett, als es ein liberal-sozialistisches sein würde, als die schlechteste Gewähr für die baldige Erreichung des allgemeinen Wahlrechts. In Anbetracht der Tatsache, daß die Konferenz dem Parteitag keine Abweichung von der bisher befolgten Auffassung und Taktik vorzuschlagen hätte, und es schon feststeht, daß die große Mehrheit der Partei den Standpunkt der Konferenz teilt, ist eine nochmalige Beschlussfassung auf einem Parteitag unnötig; daher wird dieser nicht abgehalten.

Portugal.

Eine sozialistische Revolte?

Lissabon, 20. Juli. Die Regierung wurde davon benachrichtigt, daß die Syndikalistin die Absicht hätten, Unruhen zu erregen, um die Befreiung ihrer Kameraden zu erwirken, die an dem Attentat bei Gelegenheit der Festlichkeit vom 10. Juli beteiligt waren. Die Polizei hatte sich entschlossen, am Sonntagabend die zum Zweck der Verschönerung Zusammengetommenen festzunehmen. Dabei schleuderten die Syndikalistin zwei Bomben, durch die zwei Polizeibeamte getötet wurden. Mehrere Personen wurden festgenommen und eine Anzahl Bomben beschlagnahmt. Die Ruhe in der Stadt wurde nicht gestört.

China.

Die Erhebung des Südens.

London, 21. Juli. „Morning Post“ meldet aus Schanghai vom 19. Juli: Heftige Regenfälle hindern in gleicher Weise die Bewegungen der revolutionären und der nordchinesischen Truppen. Schanghai ist in der Gewalt der Revolutionäre, deren Vertreter meist plötzlich entlassene Beamte sind. Das Arsenal hat sich noch nicht ergeben und seine Verteidigungswerte sind verstreut worden. Es heißt, daß die Offiziere der Flotte, die vor dem Arsenal vor Anker liegt und bei welcher sich die neuen Kreuzer „Tschao“ und „Yingwai“ befinden, sich entschlossen haben, neutral zu bleiben. Mehrere Provinzen haben sich für neutral erklärt. Die offizielle Bezeichnung der Revolutionäre ist: Two Juan Tschun, d. h. Armee zur Befreiung Huans.

Die Peking Regierung fährt fort, auf den Bahnlängen von Tientsin nach Peking und von Peking nach Hankow Truppen nach Süden zu schicken. Bisher sind keine Truppen aus der Mongolei zurückgezogen worden, wo 25 000 Mann die mongolischen Borden zu unterdrücken suchen. Juanschihai will selbst nach dem Süden gehen, um das Oberkommando zu übernehmen. Aber seine Umgebung rät ihm, in Peking zu bleiben, da er in ständiger Gefahr sein würde, ermordet zu werden.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die sozialdemokratische Partei Mecklenburgs hat vom letzten Geschäftsjahr ihren Bericht herausgebracht, der sich über neun Monate erstreckt. Die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei in dem immer noch verfallenen Jüterbock. Die langen Tarifverhandlungen im Baugewerbe hatten zur Folge, daß Arbeiten nicht in Angriff genommen wurden und die Arbeiterschaft lange arbeitslose Zeiten über sich ergehen lassen mußte. Da das Baugewerbe in vielen Orten des Landes die einzige Industrie ist, legte dieser Zustand den Parteiorganisationen immerhin einen Hemmschuh an.

Die Druckerei der „Mecklenb. Volkszeitung“ ist mit dem 1. Januar d. J. in das Eigentum der Partei übergegangen und in ihrer Leistungsfähigkeit bedeutend verstärkt worden. Ingesamt fanden 57 öffentliche Volksversammlungen statt. Außerdem sind vom Landesvorstand 81 Mitgliederversammlungen und Sitzungen veranstaltet. Ferner haben für die Frauen 48 öffentliche Versammlungen, desgleichen für die Landarbeiter sechs besondere Versammlungen stattgefunden. Zur schriftlichen Agitation wurden 108 000 Voltalender, 100 000 Flugblätter sowie eine Anzahl Broschüren geliefert, darunter eine speziell für die Frauen. Zum Zwecke der Hausagitation sind den verschiedenen Ortsvereinen Broschüren zur Verfügung gestellt. Für die politische Aufklärung der Landarbeiter sind bei den verschiedensten Gelegenheiten Landarbeiterbroschüren zur Verteilung gelangt. — Die Zahl der Ortsvereine ist 69.

Für das Bildungsweien ist auf Veranlassung der Gewerkschafts- und Parteifunktionäre ein Bezirksbildungsausschuss für Mecklenburg und Lübeck ins Leben gerufen, der eine segensreiche Tätigkeit entfaltet hat.

Die Gewerkschaftsbewegung hat äußerst gute Erfolge errungen. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ist erfreulich gut.

Einen ganz bedeutenden Fortschritt hat auch die Genossenschaftsbewegung gemacht. Obwohl Jüterbock und Bürgeraum auf dem Lande und in den Städten vor keinem Mittel zurückschrecken, den Aufstieg zu hemmen, ging dieser Aufstieg rüstig vor sich.

Die Zahl der sozialdemokratischen Bürgervertreter in den mecklenburgischen Städten beträgt insgesamt 42. Auch in einer Landgemeinde haben wir einen Vertreter.

Der Jugendbewegung in Mecklenburg wird nach wie vor reges Interesse gewidmet. Die Rostocker Arbeiterschaft hat ihrem jungen Nachwuchs ein neues Jugendheim errichtet, das von ihr in reichem Maße unterstützt wird.

Das Wahlprogramm der italienischen Partei.

Rom, den 19. Juli. (Sig. Ver.) Nach langer Diskussion hat der italienische Parteivorstand in seiner am 16. Juli zum Abschluß gekommenen Tagung eine Tagesordnung über das Wahlprogramm bei dem bevorstehenden Wahlkampf angenommen.

Die betreffende Resolution erinnert zunächst an den Parteitag-Beschluß von Reggio Emilia, der alle Wahlhindernisse bedingungslos unterlagte und legt dann fest, daß die Periode der Wahlagitatorien benutzt werden soll, um den Millionen von Proletariern, die zum erstenmal ihr Wahlrecht ausüben, das Programm der sozialistischen Partei vorzuführen mit ihren Methoden und Endzwecken unter Darlegung des Wertes, der im Wirken der Partei der parlamentarischen Aktion beigemessen wird. Die Tagesordnung beschäftigt weiter, die unheilvollen Folgen des Militarismus und des Kolonialismus in politischer und finanzieller Beziehung im Wahlkampf zu beleuchten und den antikapitalistischen und antimonarchischen Charakter der Partei zu betonen. Schließlich werden die Forderungen festgelegt, für deren Vertretung im Parlament die sozialistische Partei die Zustimmung der Wähler fordert: 1. Systematische Opposition gegen die Politik der Kolonialabenteuer und des Militarismus. 2. Opposition gegen jede Form industrieller und agrarischer Schützölle. 3. Arbeiterbeschützgebung, namentlich Arbeiterversicherung, Urbarmachung des brachliegenden Grund und Bodens. 4. Eine Abgabepolitik der Enteignung, die das durch den Krieg verursachte Defizit deckt und dessen Last ausschließlich auf die kapitalistischen Klassen abwälzt und ermöglicht, eine Milliarde für die erwünschten sozialen Reformen auszuwerfen. 5. Hebung des Schulwesens und Vervollständigung der Lehrer. 6. Umgestaltung des neuen Wahlgesetzes durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts für beide Geschlechter und der Listenwahl mit Proportionalvertretung. 7. Abschaffung der Crispianischen Ausnahmegeetze und der Paragrafen des Strafgesetzbuchs, die die Gedankenfreiheit und die freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kämpfe hindern.

Weiter wird auf Antrag Mussolinis beschlossen, durch leicht fahliche Broschüren über Einzelfragen, die Forderungen dieses Programms in die Massen zu tragen und am ersten Sonntag im September die Wahlvorbereitungen durch gleichzeitige Abhaltung von Volksversammlungen in ganz Italien zu beginnen. Der Vorstand hat auch die Liste der proklamierten Parteikandidaten, deren Zahl sich auf 206 beläuft, diskutiert. Drei Kandidaten wurden beantragt.

Was die Stichwahlen betrifft, so hat der Parteivorstand beschlossen, Wahlabkommen nur mit den Kandidaten zu treffen, die gegen die Kolonialpolitik und gegen die Verneuerung der Militärausgaben Stellung nehmen und sich schriftlich dazu verpflichten. Während der Stichwahlwoche wird der Parteivorstand beständig tagen und von Fall zu Fall über die Wahlabkommen entscheiden. In mehreren Wahlkreisen stehen einander sozialistische und reformistische Kandidaten gegenüber.

Soziales.

Gutgesicherte Folgen der Fürsorgeerziehung.

Am 8. März teilten wir einen Fall von Fürsorgeerziehung mit, in dem die Begründung der Fürsorgeerziehung durch das Amtsgericht in Unna deutlich erkennen läßt, in welche Gefahr Kinder sozialdemokratischer oder polnischer Eltern durch die Handhabung des Fürsorgegesetzes geraten. Der Fall lag folgendermaßen:

Der Sohn Felix des Bergmanns Beer in Unna hatte im Jahre 1911 einige Mark und Kleinigkeiten (eine Krawatte, einen Kragenschoner, ein Halsuch und eine Briettaube) entwendet. Der Vater strafte ihn deshalb ab. Gerichtliche Verurteilung konnte nicht eintreten, weil der Knabe noch nicht 12 Jahre alt war. Der Magistrat zu Unna leitete aber das Verfahren auf Unterbringung in Fürsorgeerziehung gegen das Kind ein. Der Beschluß wurde jedoch am 15. Juni 1912 auf 6 Monate ausgesetzt, weil der Unternehmer, bei dem der Junge inzwischen beschäftigt wurde, ihm ein gutes Zeugnis ausstellte.

Bei diesem Unternehmen war Felix Beer bei dem Arbeitgeber beschäftigt. Weil ihm die Hänseleien durch einige Kollegen nicht reichten, ging er dann zu einem anderen Arbeitgeber. Bald beschuldigte ihn dieser, einige Feuerscheiben mutwillig zertrümmert und mehrere Kohlköpfe im Garten ruiniert zu haben. Der Junge bestritt das auf das entschiedenste. Ein Mitarbeiter bestätigte, daß die Scheiben schon vorher zerbrochen waren. B. verließ diesen Arbeitsplatz und wurde Laufbursche bei einem Kaufmann, dessen uneingeschränktes Vertrauen er sich erwarb. Er hatte hier Gelder in größeren Summen von der Bank zu holen und nach dort zu bringen, und nie mißbrauchte er das in ihn gesetzte Vertrauen.

Inzwischen war aber wegen der ruinierten Kohlköpfe das Verfahren gegen ihn wieder aufgenommen worden und am 13. Februar 1913 beschloß das Amtsgericht in Unna die Verfügung der Fürsorgeerziehung. Es hielt die Beschuldigungen des Fabrikanten für erwiesen und begründete das Urteil unter anderem wie folgt:

„Auch spricht er im Verkehr mit seinen Arbeitskollegen schon viel von der Sozialdemokratie und hat erklärt, daß er dem sozialdemokratischen Bunde beitreten wolle. Die Eltern haben nicht die Macht, den Sohn von seinen schlechten Handlungen zurückzuhalten. Mit Rücksicht auf die Straftaten und die übrigen Lebensverhältnisse des F. B. erscheint daher seine Fürsorgeerziehung zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung erforderlich.“

Diese Begründung ist ehrlich. Sie spricht die eigentlichen Gründe aus, die von manchem Richter nicht in den Beschluß geschrieben werden. Der Beschluß wurde in der Reichstagskommission zur Vorberatung des Jugendgerichtsgesetzes vorgelesen. Ein Antrag, in das Gesetz hineinzuschreiben, daß politische oder religiöse Ansichten nie zum Vorwand der Unterbringung in Fürsorgeanstalten, diese Brutstätten der Erziehung zur Charakterlosigkeit und zu Lasten, genommen werden dürfen, fiel jedoch. Die Mehrheit der bürgerlichen Mitglieder meinten, das Verlangen sei selbstverständlich, solche verfehlte Beschlüsse würden mit Sicherheit in höherer Instanz aufgehoben. Das Landgericht werde auf Beschwerde so beschließen. Derselben Ansicht hatten wir Raum gegeben. In Wahrheit ist das Gegenteil eingetreten: das Landgericht hat die Beschwerde des Vaters gegen den Beschluß zurückgewiesen. Allerdings behauptete es, die politische Anschauung des Vaters sei für den Beschluß nicht maßgebend gewesen, es liege in dem Beschluß auch kein abfälliges Urteil über den sittlichen Wert der Sozialdemokratie.

Aus Verzweiflung über diesen Beschluß erschloß sich der Vater. Er wollte die Schande nicht überleben und verzweifelte an der Gerechtigkeit für einen Arbeiter in Preußen. Der Sohn aber mußte fort, obwohl seine Mutter noch einen letzten Bittgang zum Bürgermeister unternahm. Die preussische Fürsorgeerziehung rief also eine Familie völlig auseinander, nahm ihr den Ernährer und den Sohn, als er eben so weit war, daß er zum Unterhalt beitragen konnte.

Legten nun die Behörden gegen den landgerichtlichen Beschluß Beschwerde ein? Mit nichten. Sie strengten aber — Beleidigungsklage gegen unser Bruderorgan in Dortmund, die „Arbeiter-Zeitung“, an, die diesen Fürsorgefall kritisiert hatte. Dadurch soll sie den Amtsrichter in Unna beleidigt haben. Es ist aber nicht Anklage wegen Behauptung unrichtiger Tatsachen (§ 186 des Reichsstrafgesetzbuchs), sondern wegen vermeintlicher formaler Beleidigungen, wie „Tendenzurteil“, „empörender Richterpruch“ erhoben. Der Angeklagte wird selbstverständlich verurteilt, den Fall selbst, ohne den die kritizierenden Anmerkungen ja unverständlich sind, aufzurollen und zu würdigen. Wir wünschen, daß die unglückliche Mutter noch jetzt von dem ihr zustehenden Recht Gebrauch macht, den Fürsorgebeschluß zur Aufhebung zu bringen.

Vor wenigen Tagen teilten wir mit, daß ein paar Studenten in Hannover, die einige Strafenlaternen zertrümmert hatten freigesprochen wurden. Hier aber handelt es sich um ein Arbeiterkind. Weil es Fensterstichen zerbrochen und einige Kohlköpfe ruiniert haben soll, wird es zur Fürsorge verurteilt und sein Vater zu einer Verweisung an der Gerechtigkeit getrieben, die ihn leider Hand an sich legen ließ.

Dieser empörende Fall der Möglichkeit, Fürsorgeerziehung zur Anwendung zu bringen, zeigt deutlich, wie tief das Klassenurteil der Richter gegen Kinder der Arbeiter geht. Er bringt auch die Gefahren des vor der Verabschiedung stehenden Jugendgerichtsgesetzes lebendig zur Anschauung. Damit solche Fälle in Zukunft unmöglich werden, ist eine Beseitigung des heutigen Fürsorgegesetzes und sind gesetzliche Garantien gegen einen Mißbrauch einer Fürsorgeerziehung dringend erforderlich. Es handelt sich um Abwehr dagegen, daß das Feuerste, das die Arbeiter haben, ihre Kinder, unter den schlimmsten Vorwänden ihnen genommen und Zuchtanstalten zur Zermürbung des jungen Menschen überwiesen werden.

Letzte Nachrichten.

Türkischer Angriff auf bulgarische Truppen.

Sofia, 20. Juli. (W. Z. V.) Die gegen Adrianopel vorrückenden türkischen Truppen rösteten auf die die Eisenbahn bei Kuleli-Durgas bewachenden bulgarischen Abteilungen Infanterie- und Artilleriefeuer. Die Regierung hat deshalb bei den fremden Gesandtschaften Protest erhoben.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Karlsbad, 21. Juli. (W. Z. V.) Der 21. internationale Bergarbeiterkongreß wurde heute vormittag in Anwesenheit von etwa 200 Delegierten hier eröffnet. Der Präsident der heutigen Versammlung war Smillie, Präsident der internationalen Föderation von Großbritannien. Er hob hervor, daß der heutige Kongreß in Karlsbad der größte internationale Bergarbeiterkongreß sei, der je stattgefunden habe und erklärte in Besprechung des Balkankriegs, er glaube, daß sich der Krieg verhindern ließe, wenn die Arbeiter vor dem Ausbruch eines Krieges streikten. In der Nachmittagsung besagte der Abgeordnete Schafje, daß es in Deutschland keine einseitliche Organisation gäbe. Für die nächste Zeit sei infolge des befürchteten Konjunktursturzes eine Verminderung der Löhne zu erwarten.

Schweres Grubenunglück.

Dalsburn, 21. Juli. (W. Z. V.) Ein schweres Grubenunglück ereignete sich heute morgen in Holten auf Seche „Rhein“, Schacht 1 und 2. Durch herabfallendes Gestein wurden sieben Bergleute verschüttet. Ein Schachtmeister konnte nur noch als Leiche geborgen werden, während der Bruder des Verunglückten mit einigen schweren Knochenbrüchen davonkam. Auch die übrigen Bergleute wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten, wo sie hoffnungslos daniederliegen.

Von Einbrechern erschossen.

Aachen, 21. Juli. Gestern nacht wurde der Landwirt Kochs in Wausstein von Dieben, die während seiner Abwesenheit in sein Anwesen eingedrungen waren, und die er bei seiner Rückkehr übertrachte, erschossen.

Streik russischer Textilarbeiter.

Wladivostok, 21. Juli. (W. Z. V.) Sämtliche Arbeiter der hiesigen Wollspinnereien sind in den Ausstand getreten.

Meuterei im Vatikan.

Rom, 21. Juli. (W. Z. V.) In den letzten Tagen entstand unter den Schweizergarden im Vatikan eine lebhafteste Unzufriedenheit wegen der Disziplin. Infolge der Entfernung des Hauptmanns Gleijson schien die Ordnung wieder hergestellt. Den Zeitungen zufolge artikelte aber gestern infolge der Haltung des Obersten Repond die Unzufriedenheit in offene Meuterei aus. Heute wurden die Garden entfernt. Der Papst konferierte mit dem Kardinalstaatssekretär Merry del Val, drückte seinen lebhaften Schmerz und die Hoffnung aus, daß eine Beruhigung eintreten werde.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Heute Dienstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr:

2 Mitglieder-Versammlungen

in den Lokalen:

1. In Kellers Festsälen, Koppenstr. 29,
2. „der „Urania“, Drangelstr. 10/11.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. Der politische Massenstreik.

2. Diskussion.

Referenten sind: Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Zensch-Leibsig und Genossin Dr. Rosa Luxemburg.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Räderstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Donnerstag, den 24. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Aufstellung und Wahl der Delegierten zum Bauarbeiterkongress in Leipzig.
2. Wahl eines Mitgliedes zum Verirat.
3. Bericht von der Generalversammlung in Halle.
4. Diskussion.
5. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Wegen der reichhaltigen Tagesordnung wird die Versammlung pünktlich um 8 1/2 Uhr eröffnet.

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 23. Juli 1913

abends 8 1/2 Uhr:

Allg. Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tagesordnung:

1. Die Vorgänge bei der Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske an dem Bau der Untergrundbahn (Strecke Müllerstraße) und der Verrat der Lokalisten.

Referent: Kamerad B. Witt.

2. Wahl eines Delegierten zum Bauarbeiterkongress in Leipzig.

Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, C 54, Finienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.

Mittwoch, den 23. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Verammlung der Former und Gießereiarbeiter

in den Bornasia-Sälen, Adlerstr. 6/7

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 23. Juli 1913, abends 6 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der chirurgischen Branche

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Adolf Wuschel.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.

Mittwoch, den 23. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Klempner

in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18a.

Tagesordnung:

1. Vortrag über die „Volkshilfe“. Referent: Genosse Ganel.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Büchereipapierbranche.

Mittwoch, den 23. Juli, abends 8 Uhr, bei Wegener, Zeydelstr. 30:

Goldschnittmacher-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Kontrollkommission.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Die Branchenleitung.

Ben Schira

Cigaretten sind die besten.

Marke A . . 2 Pfg. — Ultra . . 3 Pfg.

Käuflich in allen Cigarrengeschäften.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Umwelling frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Confectkraut.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (30 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. — Greif-Apotheke, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apotheke, Würzburg

Ziehung in Kiel

am 23. Juli 1913

Schleswig-Holsteinische Pferde-Lotterie

3261 Gewinn in Gesamtsumme von Mark

80000

63500

16500

10000

1. Hauptgewinn: ein eleganter Vierspänner Mark —

Lose 1 Mk. aus verschiedenen Tausenden 10 Mk.

Porto und Liste 30 Pfg. extra empfiehlt und versendet

Gesamt-Debit Gusf. Pfordte, Essen-Ruhr

Schleswig-Holst. Lose à 1 M., 11 Lose 10 M.

Porto und Liste 30 Pfg. extra empfiehlt und versendet ebenfalls

H. C. Kröger, Berlin W 8, Friedrichstr. 193a

Telegr.-Adr. Goldquelle Berlin.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstrasse 69

Klassenjustiz

Von Erich Kuttner Preis broschiert 1 Mark

In der Einleitung sagt der Verfasser: „Recht und Gerechtigkeit, so verwandt beide auch klingen, sind zwei Begriffe, die sich im heutigen Staate durchaus nicht miteinander decken.“ Und dieser Nachweis wird hier durch Gegenüberstellung einer Reihe von Gerichtsurteilen überzeugend geführt.

Ursprung der Religion und des Gottesglaubens

Von Heinrich Cunow Preis Leinenband 1.50 Mark

Aus dem Inhaltsverzeichnis geben wir wieder: Die neuere Religionsforschung. — Die Entstehung der Geister- und Göttervorstellungen. — Die Anfänge des Geisterkults. — Vom Geisterkult zum Totem- und Ahnenkult. — Welterschöpfung. — Himmel und Hölle. — Ahnenvergötterung und Ahnenopfer. — Vom Ahnenkult zum Naturkult. — Ueberreste der Geister- und Ahnenverehrung in der altindischen Religion.

Bruchbandagen, Leihbinden, Geradenhalter, Irrigator, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt

Fabrikant Pollmann, jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten vom Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin

in reicher Auswahl Stück 5 Pf.

Spezialarzt Dr. Homeyer

(Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder Art, Ehrlich Gata - Kuren in u. G. S. Laborat. Blutuntersuchung, Fäden i. Hornhaut, gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum. Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2, Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separated Damenzimmer.

Zahnarzt Karl Goldschmidt

Neußän, Bergstraße 159. Amt Neußän 9186, 119/17

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz

Kranzspenden

sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Wpl. 7203.

Zigaretten billig!

Perfekto, feinste 8 Pf. Marke, 100 Stück 4.50 M.

Glühwürmchen u. Buschmänner, allerfeinste 7 Pf. Zigaretten, 100 Stk. 6.- M.

Wat-Feln u. Graue Amsel, bodenfeine 8 Pf. Marke, 100 Stück 6.80 M.

Segantine, vorzügliche 10 Pf. Zigarette, 100 Stück 8.- M.

Sämtliche Marken gut abgelagert in der Größe von 10-12 cm. — Ein Versuch führt zu dauernder Kundshaft. — Bei 300 Stück franco jeder Post! Zigarrenverkauf Arthur Stern, Oberwallstraße 10.

Spezialarzt Dr. Syphilla

(Haut-, Harn-, Frauenleiden — Ehrlich - Gata - Kuren) Blutuntersuchung. Schnelle, sichere Heilung. Mäßige Preise. 251/17, Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125, Oranienb. Tor. Spr. 8-8, Sonnt. 8-9.

Dankjagung. Rudolf Fellmann.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Petersburger Viertel. Bezirk 352. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse Hermann Karg (Hauptstraße 41) gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 22. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 215/15 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter Hermann Karg am 19. Juli im Alter von 40 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 22. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksverwaltung.

Am Sonnabend entließ nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Lackiermeister Robert Schulze. Um stille Beileid bitte! Witwe Luise Schulze geb. Bachmar nebst Kindern, Dresdenstr. 116. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Juli, nachmittags 5 Uhr auf dem neuen Luisenkirchhof, Hermannstraße, statt.

Allen Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau Marie Przybil am 19. d. M. früh 3 Uhr sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitte tiefbetraut. Heinrich Przybil, Fürstendamm. Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Kapelle des katholischen Strohhofes in Staaken statt.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin. Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Paul Pirschke, welcher im Betriebe des hdt. Gasmwerks Danziger Straße beschäftigt war, verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Staaken aus statt. Die Ortsverwaltung.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin. Nachruf. Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Karl Schultze (Einsamtlieb) verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Ortsverwaltung.

Dankjagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau Hedwig Gießmann sage ich allen Verwandten und Bekannten, Kollegen und Kollegen der Firma Götz u. Gierke, dem Wäckerhor „Neußän“ meinen herzlichsten Dank. Neußän im Juli 1913. Otto Gießmann.

Dankjagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes Paul Britzke sage ich allen Verwandten, Bekannten und Kollegen meinen herzlichsten Dank. 78a

Dankjagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sprechen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen von der H. C. G. Apparatefabrik, sowie dem Fabrikarbeiter-Verbande meinen Dank aus. 16638 Witwe Lina Günther nebst Kindern.

Gewerkschaftliches.

Zum Werftarbeiterstreik.

Ueber die eigentliche Veranlassung des frühzeitigen Streiks berichtet ein Vertrauensmann der Werftarbeiter von Blohm u. Voh...

Auf der Vulkanwerft erstreckten die Schiffsbauer seit längerer Zeit die Regelung der Affordblöhne. Als der „Imperator“ noch nicht fertig war, verbrach die Werfleitung, die Affordblöhne zu regeln...

Ein Streikbrecher-Logierschiff ist bereits bei einem Dock festgemacht worden. Das Schiff ist von der Firma auf vier Wochen verchartert; die Werft von Blohm u. Voh...

Nach den Meldungen der Leitungen der freien Gewerkschaften streiken: 8638 Metallarbeiter, 850 Holzarbeiter, 850 Transportarbeiter, 660 Fabrikarbeiter und 300 Maschinisten und Feizer.

Eine Erklärung der Verbandsvorstände

Am Sonntag, den 20. Juli, hatten die einzelnen Organisationsleitungen Vertreter aus den Werftorten nach Hamburg zusammenberufen, um mit ihnen vom eigenen Organisationsstandpunkt die Situation zu besprechen.

Kleines feuilleton

Die literarische Industrie. Vom Bericht in Frankfurt a. M. ist der 25jährige Schriftsteller Franz Ferdinand Weiss zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden.

Wir begreifen die Zeitungen nicht, die diesen Bericht in die Welt geschickt haben, ohne zugleich den Namen der tüchtigen Literarurzeitschrift zu verraten.

Eine Zeitschrift, die ohne Rücksicht auf poetische Verdienste eine Dichternummer herausgibt, nur weil ihr ein bestimmter Absatz garantiert wird, begeht einen sehr böswärtigen geistigen Betrug.

Wir haben für die Methode des Herrn Weiss selbstverständlich keine Sympathien, in moralischer Hinsicht kann er aber immerhin für sich in Anspruch nehmen, daß er nicht von materiellen Motiven, sondern von einem falschen Ehrgeiz geleitet wurde.

Im Interesse der literarischen Reinlichkeit wäre dringend wünschenswert, daß der Name der Zeitschrift bekannt würde.

Vom Export deutscher Musikinstrumente. „Musik wird oft nicht schon bedunden, weil sie feil mit Geräusch verbunden“, sagt Wilhelm Busch.

An erster Stelle stehen merkwürdigerweise die Streichinstrumente. Es wurden exportiert an Geigen, Cellis, Kontrabässen und deren Teilen: 66428 Doppelzentner im Gesamtwert von 165 700 Mark.

Metall-, Holz-, Fabrikarbeiter, der Kupferschmiede, Schiffszimmerer, Maschinisten und Feizer und der Maler eine längere Erklärung erlassen, in der es heißt:

Die diesjährige Bewegung der Werftarbeiter wurde im Einverständnis mit den beteiligten Verbandsvorständen und den beteiligten Arbeitern eingeleitet. Es wurde eine aus Vertretern der Mitglieder aus den einzelnen Werftorten bestehende Konferenz eingesetzt, die sowohl bei der ersten Einleitung, als auch im späteren Verlaufe der Bewegung zur regelmäßigen Beratung und Entscheidung herangezogen wurde.

die Verantwortung für einen etwa entstehenden Kampf den beteiligten Arbeiterorganisationen zuzuschreiben, unterstützt. Die Vorstände können auch nicht dulden, daß ohne vorherige Abstimmung der in Betracht kommenden Mitglieder Streiks inszeniert und wohl vorbereitete Bewegungen durch solche Ruffische in Frage gestellt werden.

Auf den Atlaswerken in Bremen hat der größere Teil der Arbeiter am Montagvormittag die Arbeit niedergelegt.

Berlin und Umgegend.

Die Tabak- und Zigarettenfabrik Herbskosi-Wignetti, Schönhauser Allee 8, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifes für Zigaretten- und Zigarettenballen-Maschinenführer gesperrt.

Achtung, Holzarbeiter! Die zu heute mittag um 1 Uhr nach der Brauerei Friedrichshain einberufene Versammlung der arbeitslosen Holzarbeiter, zu der die Einladung durch Handzettel erfolgte, die gestern vor den Arbeitsnachweisern verteilt wurden, ist ohne Wissen der Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes von dritter Seite einberufen worden.

Die Ortsverwaltung des Verbandes sowie auch die Berliner Gewerkschaftskommission haben sich in letzter Zeit wiederholt mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigt. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht so weit gediehen, daß deren Ergebnis in Arbeitslosenversammlungen besprochen werden kann.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Tarifbewegung der Alabasterarbeiter.

Die mit der Herstellung von Alabasterwaren beschäftigten Arbeiter haben vor kurzem eine Bewegung bei der Firma Goldschmidt durchgeführt. Ein Tarifvertrag wurde abgeschlossen, der die achtstündige Arbeitszeit festsetzt und die Vereinbarung der Affordpreise in befriedigender Weise regelt.

Humor und Satire.

Deutscher Sommer.

Gott hat uns dieses Los gegeben, So unterm Regenschirm zu leben. Wir fragen feuchend: Inwiefern Gibt es noch Sonne, Mond und Stern?

Man horcht hinaus — jawohl, es plätschert, Die grünen Höhen sind vergessert, Wo früher Feld und Wiese stand, Ist jetzt ein Sumpf das ganze Land.

Die Heiligen, sie werden wissen, Weshalb sie auf Deutschland pissen. Die Allmacht hat schon ihren Zweck Wir sehen ihn bloß nicht — im Dred.

Und ist es besser bei den andern, Dann proponier ich auszuwandern. Die Kretinalen läßt man hie, Wenn Gott will, erlausen sie.

(Peter Schlemihl im „Simplicissimus“.)

Notizen.

Walter Caspari, der Zeichner und Illustrator, ist am Sonntag in München gestorben. Seine zierlichen und auch in der Satire nur ironisch streichelnden Sachen bekundeten das seine Empfinden eines zeichnenden Lyrikers.

Eine Vereinigung von Inseln, die sich kürzlich gebildet hat, gibt ein vierteljährlich erscheinendes Organ heraus, das Kunde gibt von dem, was über Island in der Literatur neu herauskam und was Wichtiges in Island inzwischen geschah.

Das verbannte Christentum. Auf Verreiben des heiligen Synods hat das Moskauer Gericht die Vernichtung von drei nachgelassenen Werken Leo Tolstois, die eine mit Kommentaren versehene Uebersetzung der vier Evangelien enthielten, angeordnet.

Eine Woche — Bauchchirurgie! Die Taktik des Warenaushaus beginnt nunmehr auch in der Medizin Schule zu machen. Offertiert doch analog der „Weißen Woche“ die Düsseldorf Akademie für praktische Medizin für den Oktober dieses Jahres eine „Woche Bauchchirurgie“.

Datteln zu der. Die Herstellung von Zucker aus Datteln ist zu einer besonderen Industrie in Bengalen geworden, die aber bisher keine rechten Fortschritte gemacht hat. Jetzt soll außer der heimischen Dattelpalme noch die Palmtrypalme eingeführt werden, damit reife Früchte für das ganze Jahr zu erwarten sind.

schaffen, eine geregelte Arbeitsvermittlung herbeiführen und die sanitären Verhältnisse in den Betrieben bessern. Der letzte Punkt wurde als sehr wichtig bezeichnet, denn die Verarbeitung von Alabaster bringe eine sehr starke Staubentwicklung mit sich, was für die Atmungsorgane der Arbeiter sehr gefährlich sei. Vorrichtungen zur Abführung des Staubes seien entweder gar nicht vorhanden oder sie funktionierten so mangelhaft, daß sie ihren Zweck nicht erfüllten. — Die Versammlung war sich darin einig, daß die Einführung des Tarifverhältnisses in allen Betrieben der Branche angestrebt werden müsse.

Die „Morgenpost“ als Streifbrechervermittlerin.

In der „Berliner Morgenpost“ vom 10. d. M. stand folgende Annonce zu lesen:

15 Maschinenmeister, 6 Kustischer, 6 Abdruckmacher, möglichst unterbeirteilt, für größere Anstalt in Petersburg gesucht. . .

Diese Annonce dient ohne jeden Zweifel der Anwerbung von Streifbrechern für die im Streik befindlichen Lithographenbetriebe in Petersburg. Schon seit zwei Monaten stehen hier zirka 1500 Lithographen und Steindrucker in hartem Kampf gegen die Unternehmer. Nachdem einige Firmen nachgegeben haben und aus dem Unternehmerverband ausgestiegen sind, stehen zurzeit noch im Streik die Betriebe von Schwarz, Ribbel, Marx, Gollie und Wefers. Trotz der härtesten Polizeiverfolgungen und des Mangels einer starken Organisation, hatten die Arbeiter tapfer im Kampfe aus. Nicht bestreikte Betriebe sammeln Unterstützungen für die Streikenden. In sämtlichen Städten Rußlands wird vor der Anwerbung von Streifbrechern nach Petersburg gewarnt. Wie der „Graphischen Presse“, dem Organ der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe Deutschlands, aus Petersburg geschrieben wird (siehe Nummer vom 11. d. M.), beschäftigt namentlich die Firma Ribbel Streifbrecher in Deutschland anzuwerben, wovon die Petersburger Lithographen die deutschen Kollegen dringend warnen. Wir können dieser Warnung nur die Bitte hinzufügen, den Zugang von Streifbrechern nach Petersburg fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Achtung, Metallarbeiter! In der Rosalplattenfabrik in Friedland i. Westl. stehen die Metallarbeiter der Reparaturwerkstelle im Streik. Zugang von Metallarbeitern, insbesondere von Schlossern und Schmieden, ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Streikimmung im Stettiner Freihafen.

Seit zwei Jahren unterbreiten die städtischen Arbeiter des Stettiner Freihafens und des Dünzinkanals der Stadtverwaltung ihre auf Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse und einer Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Wünsche, ohne bisher ein Entgegenkommen beim Magistrat zu finden. Jetzt treten sie direkt in Verhandlungen mit dem Magistrat ein. Die erste Verhandlung des Arbeiterausschusses mit den Vertretern der Stadtverwaltung machte die Stadtverwaltung zunächst mit den Wünschen der Arbeiter vertraut. Mit den Argumenten, mit denen die Vertreter der Stadt die Arbeiterforderungen ablehnen wollten, konnten sich die Arbeitervertreter unmöglich zufriedengeben. Als die Kommission in den einzelnen Betriebsversammlungen Bericht erstattete und sagen mußte, es sei kein Geld vorhanden zur Befriedigung der doch so gerechten Wünsche, bemächtigte sich der Arbeiter eine große Erregung.

Eine Betriebsversammlung der Kranführer, Handwerker und Schuppenarbeiter am Sonntag, den 20. Juli, die von über 300 städtischen Hafenarbeitern besucht war, beschloß in geheimer Abstimmung mit allen gegen acht Stimmen, daß falls die Stadtverwaltung auf ihrem jetzigen Standpunkt stehen bleibe, die Arbeiter zum letzten Mittel, zur Arbeitsniederlegung, greifen müßten. Auch die anwesenden Frauen der Arbeiter stimmten dem zu, können sie doch mit dem jetzigen Einkommen des Mannes unmöglich auskommen. Die in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlungen der Hilfsarbeiter am Freihafen und der sonstigen städtischen Betriebe werden zu dieser Angelegenheit ebenfalls Stellung nehmen.

Die Arbeitseinstellung der Heizungsmonteure im Rheinland und in Westfalen.

Ist am Mittwochmorgen einheitlich auf der ganzen Linie erfolgt. Im Bereich von 90 Verwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes meldeten sich insgesamt 700 Heizungsmonteure und Helfer als Streikende. Eine große Anzahl von Helfern meldeten sich nicht als Streikende, sondern reisten zum Teil ab oder es gelang ihnen, sofort anderweitige Beschäftigung zu finden. Von diesen 700 Streikenden sind 64 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 30 Mitglieder des Christlichen Verbandes, 5 Mitglieder des Christlich-Sozialen Gewerksvereins, 9 Mitglieder anderer Zentralverbände und 21 Nichtorganisierte. Im Laufe der Woche erklärten sich eine Reihe Firmen bereit, den Tarif anzuerkennen und bei diesen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Am Schluß der ersten Streikwoche arbeiteten bei diesen Firmen bereits 61 Monteure und Helfer, so daß noch 434 Monteure und 214 Helfer sich im Streik befinden. — Die Zahl der Streikenden wird sich in den nächsten Tagen noch beträchtlich erhöhen, weil bei verschiedenen Firmen Kündigung besteht und die Kollegen erst die Kündigung einreichen müßten. Ebenso befinden sich noch Monteure in weit entfernten liegenden Orten sowie im Auslande, und können diese erst in den nächsten Tagen von ihren Montagestellen zurückkehren. Die Erwartungen der Organisationsleitungen sind also bedeutend übertrieben, und die Hoffnungen der Unternehmer, daß nur ein geringer Teil der Monteure und Helfer die Arbeit einstellen würde, sind zu Wasser geworden. Die Streikenden erwarten von der gesamten Arbeiterschaft die tatkräftigste moralische Unterstützung, damit der Kampf, der den Arbeitern der Heizungsbranche von den Unternehmern aufgedrungen wurde, zu einem günstigen Abschluß gebracht wird. Möge kein Arbeiter den kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen.

Der elsäß-lothringische Parteitag.

In dem kleinen Vogesenstädtchen Schlettstadt tagte Sonntag und Montag der diesjährige Parteitag der elsäß-lothringischen Sozialdemokratie. Während es vor einigen Jahren noch zu den Unmöglichkeit gehörte, in dieser ländlichen Stadt sozialdemokratische Parteitage stattfinden zu lassen, ist es dank der rührigen Tätigkeit unserer Genossen gelungen, im vorigen Jahre zwei Gemeinderatsversammlungen zu erobern und im Gemeinderat durchzusetzen, daß der städtische Saal dem Parteitag zur Verfügung gestellt wurde. Als Gäste waren anwesend: Genosse Müller vom Parteivorstand, Genosse Fischer von der württembergischen Organisation, Genosse Körner von der bayerischen und Genosse Linz von der badischen Partei. Im ganzen waren 85 Vertreter erschienen.

Am ersten Sittingsabend erstatteten der Parteisekretär Huber und der Kassierer Schmidt den Bericht des Vorstandes. Zahlmäßig sei, lautete der Bericht, die Mitgliederzahl um 200 zurückgegangen. In Wirklichkeit handelte es sich nicht um einen Rückgang der Mitglieder. Die Zahlen resultieren aus einem strengen Abrechnungsmodus. Daß die Partei Fortschritte gemacht hat, geht schon aus dem Zuwachs, den die beiden Parteiblätter erhalten haben, hervor und außerdem aus den Gemeinderatswahlen, die allein 25 neue Siege gebracht haben. Daß es vorwärts gehe in Elsäß-Lothringen, zeige auch die Abrechnung, die mit Berlin stattgefunden hat. Den abschließend wiederkehrenden Wünschen aus den französisch sprechenden Sprachgebieten werde in kommender Zeit mehr Rechnung getragen werden.

Den Bericht der Kontrollkommission erstattete Genosse Emmel. Jedem welche wesentlichen Beschwerden lagen nicht vor. Die Diskussion erstreckte sich hauptsächlich auf die Ablieferung der Parteibeiträge an den Landesvorstand, Schaffung von neuen Parteisekretariaten und über Agitation zu den nächstjährigen Gemeinderatswahlen. Dem Genossen Müller (Parteivorstand) wurde hervor-

gehoben, daß der Parteivorstand dem Wunsch, in französischen Städten müsse ein französisches Wochenblatt erscheinen, nicht nachgegeben sei. Weil mit den Wochenblättern bisher nirgends Erfolge erzielt worden sind. Von Berlin aus werde dem Parteileben Elsäß-Lothringens die größte Aufmerksamkeit geschenkt und auch fernerhin Unterstützung gegeben.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Landesvorstandes: die Delegationskosten zum Landesparteitag für die Delegierten der Wahlkreise, der Mitglieder des Landesvorstandes und der Kontrollkommission übernimmt in Zukunft die Landesklasse — angenommen. Ferner wurde beschlossen, vom Pflichtbeitrag wird in Zukunft an die Landesklasse 40 Proz. d. h. 12 Pf. pro Mitglied abgeführt, für die weiblichen Mitglieder 6 Pf. Weiter fand ein Antrag Kolmar auf Erleichterung eines Parteisekretariats in Kolmar Annahme, ferner noch ein Antrag auf Einsetzung einer Kommission, die die Vorarbeiten zu einer Agitation in den französisch sprechenden Sprachgebieten machen soll. Dieser Kommission wurde nahegelegt, die Generalkommission der Gewerkschaften in Berlin auf das an der Grenze liegende französisch sprechende Sprachgebiet aufmerksam zu machen. Damit war die Abstimmung beendet. In der Sonntagsvormittags-Sitzung fanden zuerst die Begrüßungsansprachen statt. Darauf wurde der Bericht der Landtagsfraktion erstattet.

Genosse Martin gab einen Überblick über die Arbeiten des Landesparlamentes und die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den einzelnen Vorlagen und Gesetzen. Den Hauptwert habe die Fraktion auf die Besserstellung der niedrigen Beamtenklasse und auf größeren Schutz der Arbeiterschaft durch die Gesetzgebung gelegt. Die letzten Vorgänge in Rülhausen, das rücksichtslose Vorgehen von Polizei und Militär in wirtschaftlichen Kämpfen habe sehr vielen Indifferenten die Augen geöffnet. Im Landtage habe es sich gezeigt, daß auf die bürgerlichen Parteien kein Verlaß sei, wenn es gelte, die vorantastlichen Zustände in Elsäß-Lothringen zu ändern.

In der sehr lebhaften Diskussion wurde der Landtagsfraktion für ihre Arbeiten Anerkennung gezollt und ihre weitere Anregung gegeben. Keineswegs wurde die Taktik der Zentrumsfraktion, die die ganze Session mit Kleinigkeiten auszufüllen versuchte, um keine Klarheit in die elsäß-lothringische Politik zu bringen. — Annahme fand dann ein Antrag aus Lothringen, der die Fraktion beauftragt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Sonntagsruhe in den lothringischen Hüttenwerken zur Einführung zu bringen.

Ueber die Gemeinderatswahlen vom Jahre 1914 referierte Abg. Gen. Fuchs, der die Genossen zu einer rührigen Agitation aufforderte und den Anwesenden die grundlegenden Gedanken der Kommunalpolitik vor Augen führte. Es müsse, so führte der Redner aus, bei den Wahlen der Grundfrage Geltung haben, daß überall eigene Kandidaten aufgestellt werden und kein Kompromiß im ersten Wahlgang abgeschlossen werde. Die Sozialdemokratie stehe allein, alle Parteien seien gegen sie und erhielten dazu noch die Unterstützung der Regierung, die bei jeder Gelegenheit ihre Parteilichkeit gegenüber der Sozialdemokratie zeige. Leider fanden die nächsten Wahlen noch nicht nach dem Proporzsystem statt; aber auch unter dem alten, gerade gegen die Arbeiter gerichteten Wahlmodus werde es dem Opferium und dem Fleiß der Genossen gelingen, auf der Siegesbahn des Proletariats fortzuschreiten.

Die sich anschließende Diskussion drehte sich hauptsächlich um zwei Anträge, von denen der eine ausdrücklich Kompromisse mit anderen Parteien im ersten Wahlgang untersagt wissen wollte, während der andere Antrag bestimmen sollte, daß überall dort, wo die Partei stark genug sei, der Kampf im ersten Wahlgang selbständig geführt, aber den kleineren Gemeinden offene Hand gelassen werden solle. — In namentlicher Abstimmung wurde der erste Antrag mit 39 gegen 37 Stimmen angenommen.

Den Schluß des Parteitages bildete ein Referat des Genossen Wich über Jugendfürsorge. Ohne Diskussion wurde folgende Resolution zu diesem Referat einstimmig angenommen:

„Auf dem Gebiete der staatlichen und kommunalen Jugendfürsorge erhebt die sozialdemokratische Partei Elsäß-Lothringens folgende Forderungen: 1. Auflösung der Jugendfürsorgeverwaltung von der Gefängnisverwaltung und Schaffung einer selbständigen Leitung unter Mitwirkung von Mitgliedern des Landtags und Vertretern der Gemeinden, 2. Errichtung von staatlichen und kommunalen Anstalten zur Unterbringung der Zwangsgläubigen und sonstiger hilfsbedürftiger Kinder.“

Der alte Vorstand wurde dann durch Affirmation wiedergewählt, ebenso die Kontrollkommission; nur trat an die Stelle des ausgeschiedenen Genossen Dr. Weill der Genosse Franl. Damit hatte der Parteitag sein Ende erreicht.

Internationaler Jugendschutz.

Auf seine keine Anfrage über die internationale Regelung des Jugendschutzes erhielt der Christlich-soziale Reichstagsabgeordnete Rumm von der Regierung die Antwort: diese Frage werde im Herbst dieses Jahres auf der Konferenz der „Vereinigung für geschlechtlichen Arbeiterschutz“ behandelt werden, man müsse sich bis dahin vertrotten, wenngleich auch nicht voraussehen sei, welches das Ergebnis dieser Verhandlungen für Deutschland, das den Wirkungen einer Konvention unterstehe, sein werde.

Nun weiß sowohl der Christlich-soziale Herr Rumm wie die deutsche Regierung, daß von dem dürren Gezüpp der internationalen Konferenzen für die geschlechtliche Regelung des Arbeiterschutzes keine Feigen für Deutschland zu pflücken sind. Und so ist die kleine Anfrage des Herrn Rumm nichts als ein Ausfluß der bei den Christlichsozialen fastsam bekannten Wechsell, mit der sie ein Interesse an sozialen Fragen mimen; während die Regierung eine willkommene Gelegenheit bekam, ihre sprichwörtlich genommene Abneigung diesen wichtigen Fragen gegenüber hinter einer Konferenz zu verhehlen, von der sie weiß, daß ihre Ergebnisse für sie gleich Null sein werden. Herr Rumm konnte der Regierung keinen größeren, den Arbeitern aber keinen schlechteren Gefallen tun.

Der Gedanke einer internationalen Regelung des Arbeiterschutzes mußte mit der fortschreitenden Internationalisierung des Kapitals und der damit verbundenen Ausbeutung der Arbeitermassen immer mehr an Boden und Bedeutung gewinnen. Er wurde denn auch folgerichtig von keiner Partei so eifrig propagiert wie von der Sozialdemokratie, die schon im Jahre 1884 durch ihre Reichstagsfraktion in einem Entwurf zur Arbeiterschutzgesetzgebung die Einberufung einer Konferenz der entwickelten Industriestaaten zwecks Verständigung über die Grundzüge einer auf einheitlichen Grundsätzen basierten Arbeiterschutzgesetzgebung forderte. Und das Erfurter Programm stellt das Postulat einer wirksamen nationalen und internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung an die Spitze seiner sozialpolitischen Forderungen. Praktisch gingen neben den immerwährenden energischen Anregungen der Sozialdemokratie bereits in den achtziger Jahren von der Schweiz starke Impulse zur internationalen Regelung des Arbeiterschutzes aus. 1889 wandte sich die Schweizer Regierung zum wiederholten Male in einem Rundschreiben an die europäischen Industriestaaten, in welchem sie als die wichtigsten Programmpunkte u. a. die Forderungen aufstellte: Verbot der Sonntagsarbeit, Festsetzung eines Maximalarbeitsmaßes für jugendliche Arbeiter, Verbot der Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Personen in besonders gesundheitsgefährlichen und gefährlichen Betrieben, Beschränkung der Nachtarbeit für jugendliche und weibliche Personen. Unter den Regierungen, die es mit der Verantwortung dieses Rundschreibens nicht eben eilig hatten, glänzte auch die deutsche. Ein Jahr später wollte dann freilich Wilhelm II. in seinem jugendlichen Regierungseifer mit Vollstreckung den Arbeiterschutz betreiben. Das kgl. Reichsamt seiner

arbeiterfreundlichen Pläne, die alsbald in die Kampfschule gegen die vaterlandlosen Pfaffen umschlug, ist weltbekannt. Der deutschen Regierung mußten erst eindringlichere Lektionen erteilt werden, bis sie, unter dem ständigen Druck der sozialdemokratischen Propaganda, zu einer geschlechtlichen Regelung wenigstens der Arbeitszeit jugendlicher kam. Es mußte erst das drohende Gesicht des Rückganges der Tauglichkeitsziffer heraufziehen. So ist der Zehntendertag als Maximalarbeitszeit für die Jugendlichen vom vierzehnten bis zum sechzehnten Lebensjahre gesetzlich geregelt worden, und das Verbot der Nachtarbeit tritt in der Bestimmung auf, daß die Arbeitszeit nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht über 8 Uhr abends ausgeübt werden darf. Bieweil sich Theorie und Praxis decken, soll hier außer acht gelassen werden.

Vergeßlich waren die Bemühungen der Sozialdemokratie bei der Vorbereitung der im Dezember 1900 verabschiedeten Gewerbeordnungs-Novelle die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sechs bis acht Stunden für die Jugendlichen durchzusetzen.

Inzwischen ist aber, in erster Linie wiederum durch die rapid wachsenden Bedürfnisse des Militarismus in den kapitalistisch entwickelten Ländern verursacht, eine internationale Regelung der elementarsten Forderungen des Jugendschutzes zur unabweisbaren Notwendigkeit geworden. Sie findet ihren Ausdruck in den Verhandlungen der Internationalen Vereinigung für geschlechtlichen Arbeiterschutz, auf deren achten Kongress eben die deutsche Regierung anspielte. Waren 1901 auf der konstituierenden Versammlung dieser Vereinigung nur vier Staaten delegatorisch vertreten, so zählte die letzte Delegiertenversammlung im vorigen Jahre 46 Regierungsvollvertreter aus 28 Staaten. Ist so der Wirkungsbereich der „Vereinigung“ schon ziemlich weit gezogen, so sind ihre Wirkungen selbst noch von einer erbarungswürdigen Bescheidenheit. Nichts zeigt das so deutlich, wie die Behandlung des Jugendschutzes auf den bisherigen Kongressen. Schon auf der zweiten Delegiertenversammlung (1902) wurde das Verbot der Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter als eine der „Vereinigung“ zustehende Angelegenheit propagiert. Man sah diese wichtige Frage jedoch einstweilen für die Tagesordnung der nächsten Konferenz vor. Durch die Ausarbeitung eines Fragebogens, der für die Herstellung einer Denkschrift als Grundlage dienen sollte, suchte das Internationale Arbeitsamt die Behandlung des Themas zu beschleunigen. Der Eifer war ebenso lobenswert, wie der Erfolg gering; denn die dritte Delegiertenversammlung (1904) ging durchaus nicht an die Arbeit, sondern begnügte sich mit der Annahme des Fragebogens und erklärte sich für die Dringlichkeit der Abschaffung der Nachtarbeit für die Jugendlichen. Allein die vierte Konferenz (1906) beschränkte das Verbot der Nachtarbeit zunächst auf Kinder bis zu 14 Jahren, während sie für die Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren eine ganze Reihe von Ausnahmen einräumte, unter denen die Zulassung der Nachtarbeit in Industrien mit leicht verderbenden Rohstoffen als besonders marantes Merkmal für die Besorgung der staatlichen Jugendschützer um die Profite des Kapitals hervorragt. Im übrigen wurden auf dieser Konferenz die Wünsche formuliert, die nun der fünften Delegiertenversammlung (1908) in der Form eines ausführlichen Berichtes vorgelegt wurden. Diese Konferenz sah ihre Hauptaufgabe darin, die Wünsche mit den nötigen Abstrichen zu versehen. Nicht einmal das Verbot der Nachtarbeit passierte glatt das Forum der getrennten Richter, die als Regierungsvollvertreter die Anwälte der Kapitalisteninteressen spielten. Die Kindernachtarbeit in den Gaschmelzwerken blieb bestehen; für die Jugendlichen über 16 Jahre aber wurde die Nachtarbeit in den Holz- und Hammerwerken, in den Gash- und Schanntschiffen und in den kaufmännischen Kontoren als notwendig angesehen. Aber damit nicht genug. Die sechste Delegiertenversammlung wich noch einen bedeutenden Schritt vor den Profitinteressen des Kapitals zurück: sie bestritt kurz und bündig die Möglichkeit, die Frage der Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter überhaupt international regeln zu können und forderte ihre Streichung vom Programm der „Vereinigung“. Das war im Jahre 1910.

Unter solchen Verhältnissen ist es denn gerade kein Wunder, wenn selbst ein sozialpolitisch so rückständiger Staat wie das Deutsche Reich in seinen Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter noch wie ein Chimborasso aus den Niederungen der internationalen Arbeiterschutzbestrebungen jener „Vereinigung“ herborragt. Und hinter dieser „Vereinigung“ verkrüppelt sich jetzt die deutsche Regierung, um ihren Stimm für sozialpolitischen Fortschritt zu bekunden! Das darf sich freilich nur eine Regierung erlauben, die einen Reichstag zur Seite hat, dessen Mehrheit in winselnder Anschickeligkeit jeden Knochen apportiert, den die Regierung ihr zuwirft.

Für die Arbeiterklasse aber bedeutet der Bescheid der Regierung ein neues Signal zum Kampfe für das Wohlergehen ihrer Jugend.

Sechste internationale Schneiderkonferenz.

Im Arbeiterheim Favoriten zu Wien tagte in der vorigen Woche die sechste internationale Schneiderkonferenz, die von 31 Delegierten besucht war. Auf die einzelnen Länder kamen Vertreter: Deutschland 4, Dänemark 1, Serbien und Bulgarien 1, Ungarn 2, Schweiz 1, England 2, Amerika 1, Holland 1, Frankreich 3 und Oesterreich 16.

Vor Eintritt in die Tagesordnung lehnte die Konferenz die Zulassung eines Vertreters der London Society of Tailors and Tailorshesses ab. Die London Society ist eine Lokalorganisation; gegen ihre Zulassung hatte die englische Zentralorganisation Einspruch erhoben.

Ein Vertreter des amerikanischen Damen Schneiderverbandes, der erst jetzt seinen Anschluß an das Internationale Sekretariat angemeldet hat — die Organisation zählt 70 000 Mitglieder — wurde ohne weiteres zugelassen.

Der internationale Sekretär, Stähmer - Berlin, gab nun den Bericht des Sekretariats.

Die Berichterstattung über die Vorgänge in den einzelnen Ländern an das Sekretariat ist nicht regelmäßig und müßte besser sein. Besonders bei größeren Lohnkämpfen sollte sofort berichtet werden. Finanziell soll die Internationale bei Lohnkämpfen nur dann eingreifen, wenn der Kampf über die Kräfte der eigenen Organisation geht. Die französische Organisation macht nur langsame Fortschritte. Es wird in Frankreich gelagert, daß viele deutsche und österreichische Kollegen, die nach Frankreich kommen, sich dort der Organisation nicht anschließen. Das ist bedauerlich. Es könnte aber nicht so sein, wenn die französischen Kollegen besser organisiert wären. Die englische Zentralorganisation stagniert seit Jahren. Nach Ansicht von Stähmer ist von dieser Organisation manches vernachlässigt worden. Sie müßte von einem neuen modernen Geist durchdrungen sein, den Wünschen nach fortschrittlichen Bestimmungen Rechnung tragen und versuchen, nach fortschrittlichen Mitgliedern zurückzugewinnen. — Das Sekretariat hat Fragebogen über die Organisationsverhältnisse ausgegeben. Das Ergebnis der Aufnahme liegt vor. Der Stand von dreizehn Organisationen, die den Fragebogen beantworteten, betrug am 1. Januar 1912 104 530 Mitglieder. Arbeitslosenunterstützung zahlen von den 13 nur 4 Organisationen: Dänemark, Serbien, Oesterreich und Ungarn. Krankenunterstützung genießen: Amerika, Deutschland, Niederlande, Oesterreich und die Schweiz. Reiseunterstützung zahlen: Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich, Schweiz und Ungarn. Nach dem Kasienbericht hat das Sekretariat einen Kassenbestand von 4115,90 Mk.

Die Diskussion über den Bericht wurde gleich mit dem zweiten Punkt der Tagesordnung, der weiteren

Ausbau der internationalen Beziehungen
und mit der Beratung der dazu vorliegenden Anträge verknüpft. Die Aussprache war sehr ausgedehnt, sie wurde am ersten Tage nicht mehr beendet. In der Hauptsache dreht sich die Erörterung darum, wie eine bessere Verbindung, regelmäßiger Orientierung über die Verhältnisse in den einzelnen Ländern möglich ist. Für den Antrag, eine internationale Revue, die dreimonatlich erscheint, herauszugeben, stimmten nur Amerika, England und Frankreich. Gegen die Stimme des amerikanischen Vertreters wurde dann folgende Resolution, die vom Bureau vorgeschlagen war, angenommen:

Die sechste internationale Schneiderkonferenz verpflichtet die angeschlossenen Verbände, über alle wichtigen Angelegenheiten, insbesondere über größere Streiks und Aussperrungen, so schnell wie möglich dem Sekretär Bericht zu erstatten, welcher denselben dann sofort allen Verbänden mitzuteilen hat.

Ferner hat jeder Verband am Jahresabschluss einen kurzgefassten Bericht an den Sekretär einzuliefern. Vom Sekretär ist ein Fragebogen herauszugeben, wodurch die Berichterstattung vereinfacht wird.

Die Jahresberichte sind vom Sekretär zusammengefasst im Druck herauszugeben — in deutsch, französisch und englisch — und den angeschlossenen Verbänden in der benötigten Anzahl Exemplare zuzuführen.

Dazu wurde noch folgender Antrag Oion (Österreich) einstimmig angenommen:

Zum Zwecke der gegenseitigen Verständigung und zur Förderung der Organisationen der Schneider aller Länder wird die deutsche „Hochzeitung“ als offizielles Organ der internationalen Sekretariat angeschlossener Länder angesehen und beauftragt, eine Rubrik „Aus der Schneiderinternationalen“ zu eröffnen und in dieser alles Wissenswürdige aus der Schneiderbewegung aller Länder zu veröffentlichen.

Der Redakteur Sabath des deutschen Verbandorgans hatte vorher seine Bereitwilligkeit zur Schaffung einer solchen Rubrik erklärt.

Einstimmige Annahme fand auch ein Antrag Smith (Österreich), der den internationalen Sekretär beauftragt, ein Statut und eine Geschäftsordnung für die internationale Verbindung und für die Konferenzen auszuarbeiten und den Organisationen zur Begutachtung vorzulegen.

Über eine Reihe weiterer Anträge wurde in eine Spezialkommission eingetreten. Die Franzosen verlangen Bezeichnung der Mitglieder über deren Pflichten, wenn sie ins Ausland gehen. Die Russen schließen sich oft nicht den Landesorganisationen an. In Paris seien in der Damenschneiderei 85 Proz. der Beschäftigten Ausländer, in der Herrenschneiderei 35 Proz.

Vorsitzender Stühmer gibt die Erklärung ab, daß den Wünschen der Franzosen entsprechend im Nachhinein diesbezügliche Bekanntmachungen erfolgen. Damit sind die Franzosen zufrieden. Angenommen wird ein Antrag Marzgraf (Schweiz):

Die sechste internationale Schneiderkonferenz beschließt erneut, daß die nach dem Auslande reisenden organisierten Kollegen verpflichtet sind, im zugereisten Lande in den dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Schneiderverbänden überzustehen.

Besprechung eines Antrages von Dänemark, der untersucht haben will, welche Maßnahmen gegen die Lohnrückerei der russischen Juden getroffen werden könnten, wurde fast allgemein über diese Lohnrückerei geklagt. Sie seien aber schwer für die Organisation zu gewinnen. Runge (Deutschland) erklärte, daß in Berlin die Schwierigkeiten überwunden seien und fast alle der Organisation angehörten. Dr. Hache (Amerika) betonte, 65 Prozent seiner Organisation seien russische Juden. Wären diese einmal organisiert, würden sie auch fest zur Organisation halten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern lediglich ausgesprochen, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, diese Kollegen bei ihrer Einwanderung aufzuklären und zu organisieren.

Ein Antrag Holland, daß die eingewanderten Mitglieder sofort alle Rechte wie die Einheimischen genießen können, zeitigte eine lange Auseinandersetzung. Der internationale Sekretär wurde schließlich beauftragt, bis zur nächsten internationalen Konferenz bei den einzelnen Ländern anzufordern, inwiefern sie bereit sind, dem Antrage Hollands Rechnung zu tragen. Bis dahin bleibt es den einzelnen Ländern überlassen, Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen.

Ein schweizerischer Antrag auf Herausgabe internationaler Mitgliedsbücher und Reiselegitimationen wurde dem internationalen Sekretariat überwiesen, das versuchen soll, eine größere Einheitlichkeit zu schaffen.

Beschlossen wurde noch, nach den Grenzstädten Italiens einen Agitator zu senden, um auch die italienischen Kollegen für die Organisation zu gewinnen.

Der Beitrag an das Sekretariat wurde einstimmig von 1 Cent bis auf 2 Cents pro Mitglied und Jahr erhöht.

Zur Beratung stand am dritten Tage der Konferenz der Punkt:

Der gesetzliche Heimarbeiterstand in den verschiedenen Ländern.

Der Referent, Reichsratsmitglied Smith (Wien), unterbreitete am Schluß seiner Ausführungen folgende Resolution:

Die sechste internationale Konferenz der Schneider macht es den geschlossenen Organisationen zur Pflicht, die gesetzliche Regelung der Heimarbeiter, insofern eine solche noch nicht erfolgt ist, mit aller Macht anzustreben. Dabei ist die gesetzliche Festsetzung eines zwischen Arbeiter und Unternehmer vereinbarten Minimallohnes als die entscheidende Bestimmung in dieser Gesetzgebung anzustreben. Die Konferenz erwartet von allen angeschlossenen Organisationen, daß sie der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeiter ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden, weil dadurch sowohl die Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Heimarbeit durch eigene Kraft als auch die Durchführung des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeiter gefördert wird.

An das Referat schloß sich eine längere Aussprache, in der von der Mehrzahl der Redner betont wurde, man dürfe nicht allzu viel von der Gesetzgebung erwarten, sondern müsse sich auf die Kraft der Organisation verlassen.

Sabath (Deutschland) erläuterte das deutsche Heimarbeitergesetz, das im vorigen Jahre eingeführt wurde, aber äußerlich unzulänglich sei. Die meisten Bestimmungen hätten übrigens kein zwingendes Recht, es ließe meist, es kann. Stühmer betonte, die Organisation der Heimarbeiter sei möglich, das beweise, daß 50 Proz. der Mitglieder des deutschen Verbandes Heimarbeiter seien. Durch Tarifverträge müßten die Löhne festgesetzt und das Eingreifen der Gesetzgebung nur als Hilfsmittel betrachtet werden. In der Hauptsache müssen wir uns auf unsere eigene Kraft verlassen.

Smith (England) sagte: Unsere Erfahrung, die wir in 70 Jahren — seitdem wir uns mit der Heimarbeit beschäftigt — gemacht haben, ist: um die Verhältnisse in der Heimarbeit wirklich zu bessern, muß sie ganz abgeschafft werden.

Hache (Amerika) betonte ebenfalls, daß nur die Abschaffung der Heimarbeit die Zustände ändern könne. Die Resolution Smith fand einstimmige Annahme.

Der internationale Sekretär Smith (Wien) wurde einstimmig wiedergewählt. Das Sekretariat durch zwei Beisitzer, Sabath und Runge (Berlin), vertritt.

Für die Unterstützung bei Lohnbewegungen sollen die bisherigen Grundzüge bestehen bleiben.

Die nächste internationale Konferenz tagt 1916 in Kopenhagen.

Aus Industrie und Handel.

Verständigung im Kredit-Genossenschaftswesen.

Während die Kredit-Genossenschaften Schulze-Dehli'scher Richtung einerseits und der Raiffeisen-Organisation andererseits sich bisher aufs Schärfste bekämpften, hat in neuerer Zeit eine Annäherung zwischen beiden Gruppen stattgefunden. Ueber die Gründe dieser Verständigung sprach auch der Vertreter der Raiffeisen-Organisation auf einem Verbandstag der anderen Richtung folgendermaßen aus:

„Heutzutage, wo Bestrebungen ernen in der Erscheinung treten, daß wir unter den Staatspantoffel gebracht werden sollen, da glaube ich, ist das Moment wohl hervorzuheben: Schulze-Dehli'sch und Raiffeisen, sie gehen einen Weg, den Weg der vollen Unabhängigkeit.“

Sie wollen vom Staat nichts als neutrales Wohlwollen. Sie haben von jeder auf Ihre Fährte geschriebene volle Freiheit und Unabhängigkeit, und auch wir sind der Meinung, daß das Genossenschaftswesen nicht als Treibhauspflanze Früchte bringen kann, sondern es will aus sich selbst heraus kämpfen und arbeiten, es will sich die Selbständigkeit erhalten und weiter errichten. Ich darf es hier aussprechen. Als im Jahre 1896 die Preußenkasse gegründet wurde, hat unsere Organisation sich mit allen Kräften gegen diese Gründung gewehrt. Wir waren aber zu schwach, wir mühten uns fügen. Und wenn ich die Behauptung aufstelle, daß durch die Gründung der Preußenkasse, durch die Dornierung von billigem Gelde kolossale Ueberfahrungen in der Gründung von Genossenschaften und in unfruchtbaren Gründungen entstanden sind, ich glaube, wer von Ihnen die Erfahrung des Alters hat, wird mir recht geben.“

Die Furcht, gleich der dritten großen Kreditgenossenschaftsorganisation, dem Reichsverbande (Haas'scher Richtung), in Abhängigkeit von der Preußenkasse zu gelangen, hat also zu dieser Annäherung geführt. Die Preußenkasse ist bekanntlich eine Begründung des Preussischen Staates und wird wesentlich im Interesse der Großagrarien geleitet. Durch leichte Kreditgewährung an die Genossenschaften, die ausschließlich mit der Preußenkasse in Verbindung stehen, ist es der Kasse gelungen, den anderen älteren und freien Genossenschaftszentralen erheblichen Abbruch zu tun.

Gerichts-Zeitung.

Im Kampf um vermeintliches Recht.

Eine an Zwischenfällen reiche Verhandlung beschloß gestern die 10. Senatskammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Siche. Es handelte sich um eine seit längerer Zeit schwebende Beleidigungssache, welche der Geheimrat Medizinalrat Professor Vier gegen den praktischen Arzt Dr. Anton Hengeshach aus Neuenfelde bei Hamburg und den Buchdruckereibesitzer Amandus Wöhmann aus Jördensteden angestrengt hatte.

Der Anklage, die schon einmal im Oktober 1912 die Strafkammer beschäftigt hatte, liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Anfangs 1908 gab der Angeklagte Dr. Hengeshach eine Broschüre „Vademecum für Professor Vier als Pfadfinder“ heraus, in der er den Geheimrat Vier beschuldigte, in seinem Buch „Hyperämie als Heilmittel“ ein Plagiat begangen zu haben, da dieses Buch über 60 wörtliche Uebereinstimmungen mit einer von ihm, Dr. H., schon im Jahre 1894 veröffentlichten Abhandlung über „Heilung der Infektionskrankheiten“ enthalte. Der Angeklagte hatte seinerzeit auch gegen Prof. Vier Strafanzeige wegen Nachdruck erstattet, das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Auf die Anzeige des Prof. Vier wurde Dr. H. dann im Jahre 1909 wegen Verletzung der Standesehre vor dem Ehrengericht in Hannover zu einer Geldstrafe verurteilt. Auf die Verurteilung des Dr. H. hob der Ehrengerichtshof in Berlin das Urteil auf, da Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten entstanden seien.

Wie die Anklage behauptet, soll der Angeklagte nunmehr einen beispiellos heftigen Kampf gegen den Prof. Vier begonnen haben, bei welchem er von dem Mitangeklagten Wöhmann, dem Herausgeber der „Unterelbe-Zeitung“, unterstützt wurde. Wie Dr. H. behauptet, habe er deshalb den Kampf mit solcher Schärfe geführt, um endlich den Prof. Vier zu veranlassen, gegen ihn die Beleidigungssache einzuleiten. Dies sei ihm auch endlich durch eine Drohschüre „Der Spießhahn beim Kaiser Wilhelm II.“ gelungen, die aber bald nach Erscheinen von der Hamburger Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden sei. In der ersten Verhandlung vor der 10. Strafkammer am 17. Oktober 1911 habe der damals amtierende Staatsanwalt plötzlich den Antrag gestellt, ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Das Gericht gab diesem Antrag trotz des schärfsten Protestes des Angeklagten statt. In der Folgezeit weigerte sich der Angeklagte hartnäckig, sich von dem mit der Untersuchung betrauten Prof. Weggandt von der Irrenanstalt Friedrichsberg bei Hamburg untersuchen zu lassen. Nachdem dem Angeklagten der Rechtsanwalt Dr. Schwandt als Officialverteidiger gestellt worden war, wurde von der 10. Strafkammer der Beschluß gefaßt, den Angeklagten aus Grund eines von Prof. Weggandt gemäß § 81 Str.-P.O. gestellten Antrages auf die Dauer von sechs Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Irrenanstalt Friedrichsberg zu überweisen. Dr. Hengeshach wurde dann eines Tages von zwei Gendarmen aus seiner Wohnung geholt und der Irrenanstalt zugeführt, aus der er aber nach fünf Tagen wieder entlassen wurde, nachdem die Mehrzahl der Ortsbewohner von Neuenfelde, dem Wohnort des Dr. H., eine Petition an das Berliner Gericht gerichtet und um die Freilassung ihres allgemein beliebigen Arztes gebeten hatte. Vorher hatte der Angeklagte an die Staatsanwaltschaft folgende humoristische Eingabe gerichtet: „Ich stehe nicht um meinen Verstand, doch will der Staatsanwalt Gnade mitgeben, so gönne er mir noch acht Tage Zeit, bis ich den Kindern die Pöden beschaue, dann mag meinen Geist er erwägen. Dr. Hengeshach, Irrenhausandidat.“ Wie der Angeklagte in einem später von ihm herausgegebenen Flugblatt schildert, sei der Aufenthalt in der Irrenanstalt sehr anständig gewesen. So habe unter anderem ein Wärter zu dem anderen gesagt: „Nehmen Sie sich in acht, der neue Herr ist normal!“ In demselben Flugblatt richtet der Angeklagte die schärfsten Angriffe gegen die drei Richter, welche den Beschluß über die zwangsweise Unterbringung in eine Irrenanstalt gefaßt hatten, die er als „Justiz-ayachen“, „talarierte Verbrecher“ usw. bezeichnet.

In der gestrigen Verhandlung überraschte der Angeklagte das Richterkollegium durch Ablehnung des ganzen Gerichtsverfahrens wegen Besorgnis der Befangenheit.

Die Folge war, daß erst Hilfsrichter herangezogen werden mußten. Nach zweifelhafter Pause trat der Hilfsgerichtshof unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goebel zusammen und verkündete nach Prüfung der Sachlage den Beschluß, daß der Ablehnungsantrag völlig unbegründet sei.

Der Angeklagte brachte nunmehr ein Schriftstück zur Verlesung, nach welchem ihm der Gerichtsvolklicher mitgeteilt habe, daß die von ihm beantragte Ladung Kaiser Wilhelm II. nicht möglich sei. Tatsächlich hatte der Angeklagte den Kaiser mit Hilfe einer sogenannten direkten Ladung persönlich an Gerichtsstelle laden lassen, trotzdem ihm mitgeteilt worden war, daß eine derartige Ladung zwecklos sei. Der Angeklagte vertrat den Standpunkt, daß dann eben die gesetzlich zulässigen Zwangsmittel in Anwendung gebracht werden müßten. Auf eine Frage des Staatsanwalts an den Sachverständigen Prof. Weggandt, ob der Angeklagte verhandlungsfähig sei, erklärte dieser, daß keine ärztliche Gründe gegen eine Verhandlungsfähigkeit sprächen.

Die Verhandlung fiel schließlich der Vertagung anheim, da das Gericht dem Antrage des Angeklagten, ihm zwecks Vorbereitung weiterer Beweisanträge Abschriften der in den Akten befindlichen Gutachten zu übermitteln, stattgeben mußte.

Frauen-Leseabende.

Waidmannslust. Mittwoch, 28. Juli, abends 8 Uhr, im Schweizerhaus. Vortrag.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Rommes. Sonnabend, den 26. Juli, Abend die Tour nach Radeborsdors. Die Teilnehmer treffen sich 8¹/₂ Uhr am Bahnhof Rommes. Abfahrt 6¹/₂ Uhr (Charlottenburg umsteigen ab 7¹/₂ bis Radeborsdors) Ab Radeborsdors 9¹/₂ Uhr. Ankunft in Radeborsdors (Nachquartier bei Rademacher, Gasthof zur Linde.) Sonntag, den 27. Juli: Besichtigung des Bergwerks. Schenke nach Straußberg. — Lieberhäuser, Adger und Humor nicht vergessen. Brodiant für den ganzen Tag mitbringen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Vorfalwalde-Wittenau. Die Genossinnen veranstalten am Dienstag, den 22. Juli eine Parteipartei nach Pichelswerder zum alten Freund. Gäste willkommen. Treffpunkt früh 8 Uhr bei Hülz. Schulze (Restaurant).

Aus aller Welt.

Das Erdbeben in Süddeutschland.

Glücklicherweise hat, wie sich nach den näheren Mitteilungen ergibt, das in Süddeutschland weit verbreitete Erdbeben vom Sonntag keinerlei ernstliche Folgen gehabt. Die im gedächtnisvollen Institut von Potsdam gemachten Aufzeichnungen ergaben, daß es sich nur um ein schwaches Beben gehandelt hat. Der Herd des Erdbebens war anscheinend, wie vor zwei Jahren, in Süddeutschland. Man nimmt an, daß es sich um tektonisches Erdbeben, verursacht durch Bruch einer Erdscholle im Innern der Erdkruste, gehandelt hat.

Uebrigens wurden Ausläufer des Erdbebens auch in Raffel und in anderen Teilen des Regierungsbezirks wahrgenommen. Andererseits wurden die Erdhöhe auch in Augsburg im Osten und, sofern die Nachrichten zutreffen, im westlichen Frankreich gespürt.

Der turnende Abonnent.

Da war in Leipzig ein Turnfest vonstatten gegangen mit dem üblichen Klamauf, Durra, Kraftgeproge und deutscher Mannesstärke. Schön. Das „Berliner Tageblatt“ ließ seinen Leipziger Korrespondenten über diese weltbewegende Gelegenheit viel schreiben, und der Kleine Schmod, der sonst sich auf den Literaten aufspielt, schrieb in läblichem Deutsch etwas gegen die Turner. Aber er sagte nicht etwa, daß die Leute sich da etwas vormachten, daß Bürger des Mittelstandes den Barren als ein heiliges Nationalgerät anbeteten, selbst aber klein, feige und schwach blieben, gegen einen Engländer gehalten... so etwas sagte er nicht. Sondern er klopfte den schweißigen Turnern kritisch schnüffelnd auf den Bauch, bedauerte sie schelmig und konstatierte vor allem, daß er als Kulturmann natürlich dergleichen nicht mitmache; hätten etwa diese Leute schon alle in ein Telefon gesprochen oder wären schon alle wie er schon in einem Theater gewesen, kurz: er stellte ein engstirniges Kulturideal einem andern gegenüber. Schön.

Die Turner protestierten. Sie erwarteten von der Redaktion, daß sie den Schreiber des schamlosen Artikels fallen lasse. Nicht antworten. — meinen Sie? Das Tageblatt ließ fallen. Es hat nicht einmal den Mut zur Verschämtheit, wenn sich der Abonnent dagegen auflehnt. Der Artikel sei ohne die Korrekturen der Redaktion erschienen... Man kann sich nun ungefähr denken — und weiß es auch schon durch einen Fall —, wie diese Korrekturen aussehen müssen, die doch in diesem Fall die Meinung des Korrespondenten in sein Gegenteil verkehrt hätten.

Nicht, was dieses Blatt druckt, nicht druckt, wie es sich von Schreibern an die Wand klemmen läßt, sondern: diese Art freies Kompromittiert jeden Kampf gegen eine Kultur des Oberstandes.

Kleine Notizen.

Ein verschollenes Rauffahrtsschiff. Das Hamburger Vollschiff „Rio“, das sich auf der Reise von Talcahuano nach Regillones befand, die ungefähr zehn Tage beansprucht, ist seit 60 Tagen überfällig. Ansehend ist das Schiff samt Besatzung, die etwa 20 Mann stark ist, verloren gegangen.

Erdbeben in Böhmen. Am Sonntagnachmittag und um 11 Uhr nachts wurde sowohl in Eger wie in Franzensbad ein von dumpfem Rollen begleiteter Erdstöß verspürt.

Mord und Selbstmord. Wegen Familienzwistigkeiten erschog der Arbeiter Pauluhn in Hamburg, Breitergang wohnend, seinen zweijährigen Sohn und dann sich selbst. Durch den Schuß entzündete sich das Bett des Kindes und der Leichnam verbrannte fast vollständig.

Zweifacher Giftmord. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Jüsterburg wurde am Montag vormittag in Hamburg die seit einigen Monaten dort wohnende Frau Rosa Marx wegen Beteiligung an zwei Giftmorden verhaftet. Vor 12 Jahren soll sie gemeinsam mit ihrer Mutter ihren eigenen Vater mit Arsenik und im vorigen Jahre den bei Jüsterburg wohnenden Altenstetter Arsenik vergiftet haben. Die Staatsanwaltschaft wurde auf die Giftmörderinnen durch Gerichte, die unter der Bevölkerung waren, aufmerksam und ließ die Leichen ausgraben. Die Untersuchung ergab, daß beide Personen vergiftet worden waren. Die Mutter der Marx ist bereits in Jüsterburg verhaftet worden. Beide Verhafteten beschuldigen sich gegenseitig der Täterschaft.

Täblicher Rangierunfall. Auf dem Bahnhof in Luckenwalde geriet am Montag vormittag beim Rangieren eines Güterzuges der Rangiermeister Schulze zwischen die Räder zweier Wagen und wurde totgequetscht.

Schwerer Straßenbahnunfall. Am Sonntagabend ereignete sich auf der Straßenbahn in Wülheim a. Rh. ein schwerer Unfall. Ein Triebwagen entgleiste und fuhr in den Vorgarten einer Gastwirtschaft hinein. Ein Soldat der Wülheimer Garnison, der sich durch Abspringen vom Wagen in Sicherheit bringen wollte, geriet unter die Räder und wurde totgequetscht. Fünf andere Fahrgäste erlitten schwere Verletzungen.

Arbeitersturz. Ein gräßlicher Unglücksfall passierte in dem pommerischen Dorfe Neegin in der Nähe des dortigen Gutstorfmoores. Hier zum Torspalten benutzte Lokomobile wurde durch ein großes Fieberdorgepann zurückschleudert. Der 20 Jahre alte Hofsänger Straße ging neben der Lokomobile; er rutschte aus und wurde vor das Hinterrad geschleudert. Die schwere Lokomobile fuhr ihm über Rücken und Hinterkopf, so daß der Tod sofort eintrat.

Verhaftung eines Mädchenhändlers. Wie aus Hamburg gemeldet wird, ist am Montag auf Veranlassung des jüdischen Auswandererkomitees in Warschau in der Auswandererhalle der Hamburg-Amerikaner der russische Mädchenhändler Kron Jakubowitsch verhaftet worden, der auf Grund gefälschter Ausweispapiere im Bezirk stand, mit der 14jährigen Verla Schulmann aus Warschau mit dem Dampfer „Cap Blanco“ nach Buenos Aires abzureisen.

Bootsunglück. Am Montag morgen stieß bei der kurzen Brücke in Entenwerder bei Hamburg ein Kahn auf das Ruderblatt des Dampfers „Georg Blode“. Das Boot kenterte und der Schiffsingenieur Engelmann, der Bootsmann Born und dessen Frau ertranken.

Theater.
 Dienstag, den 22. Juli 1918.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Bummelmädchen.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Der Großvater, Gastein und die Salzburger Alpen. Neues Opern (Kroll). Wagnon. Deutsches Schauspielhaus. Der Dieb.
Schiller O. Der Troubadour. Berliner. Zimzahner. Thalia. Puppen.
Metropol. Die Kino-Königin. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Dresdener Victoria-Sänger.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Romdickhaus. Hochherzogliche Wohnungen.
Friedr. Wilt. Schauspielhaus. Das Farmernmädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Kadett. Neue. Tagebuch einer Verlorenen.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Schiffsbrüder. Theater am Kollendorfsplatz. Der Mann mit der grünen Weste.
 Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Eisballer: Firt in El. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Deutsches Schauspielhaus 8 Uhr: Der Dieb.

ZOO-LOGISCHER GARTEN
 Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
 Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Sachse-Oper
Schiller-Theater O. Berliner Theater.
 8 Uhr: **Filmzauber.**
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
Tagebuch einer Verlorenen.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Auf der Gartenbühne:
 Einmal. Aufführ., arrangiert v. Artur Winkler, bei aufgehob. Abonnement: **Ueber'n großen Teich.**
 Lebensbild. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum
Der persische Augenfakir
 in seinen sanft Derwisch-Manteln (hebt u. a. mit den Augen schwere Gewichte).
3 Schwestern Lilipul, die kleinst. Schwest. der Welt.
Alles lebend! Ohne Extra-Entree!
Volksgarten-Theater.
 Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
 Täglich: Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung.
Unsere Don Juans.
 Gesangsposse in 4 Akten v. v. Treptow.
 Morgen: Benefiz für Herrn Regisseur A. Cimburak (ehemalige Musikf.). Der Raub der Sabinerin. Anf. 4 Uhr.
Reichshallen-Theater
 Gastspiel der berühmten **Dresdener Victoria-Sänger.**
 Anfang 8 Uhr.
 Freitag, 1. 8.: Wiederbeginn der Sirenen der Stettiner Sänger.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königsbr. Col.: Ernst Liebig.
 Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-frei-Vorstellung
 der Norddeutschen und Apollo-Sänger
 bei freiem Zutree. Freitag: Freit.-Konzert.

H. Pfau, Bandagist
 Berlin, Direksenstraße 20
 städt. Bahnhof Alexanderplatz und Holsteiplatz. — Amt. Kst. 3208.
 Für Damen Frauen-Bedienung.
 Lieferant für alle Krankenkassen.

Kroll-Oper
 8 Uhr:
Mignon.
 (Gespiel: Thén Dorré.)
Wittmoß:
Carmen.
Theater am Kollendorfsplatz
 Mann mit der grün. Maska. Im Kino-Varietät erst. halbtägige Varieténummern u. d. neuest. Gaumontfilms
Admiralpalast
 Einz. Eispalast der Welt mit prunkvollen Eisballotten. Angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich **Firt in St. Moritz.** Bis 6 Uhr und von 10^u Uhr halbe Kassenpreise.

Voigt-Theater
 Badstraße 38.
 Heute Dienstag:
Die schöne Melusine.
 Volksstück mit Gesang u. Tanz v. Hoch. Volkstümlich neue Spezialitäten. Raftöffn. 10 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Metropol-Theater.
 abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
 Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Montowill.
 Musik von Jean Gilbert. In Szene gesetzt v. Dr. Rich. Schulz.
Berliner Prater-Theater
 7-9 Sankt-Augustiner-Platz 7-9.
Täglich:
Das Bummelmädchen
 Gr. Ausstattungsst. in 4 Ak. v. R. Heye. Musik von Fisch und Scherer. Kritiklos. Spezialitäten. Konzert. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.

Brauerei Königstadt
 Heute Dienstag, 22. Juli, abds. 8 1/2 Uhr:
Volks-Sinfonie-Konzert
 des **Bühner-Orchesters**
 Dirigent: **Guido v. Fuchs.**
 Solist: **Alfred Ernst (Horn).**
 Karten à 30 Pf. in den bekannten Vorverkaufsstellen und abends an der Kasse.
Neue Welt
 A. Scholz, Hasenheide 108-114
 Täglich:
Großes Konzert und Vorstellung.
 Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Voranzelge!
 Morgen Mittwoch: **Großes Kinder-Erntefest.**

KOM-LINON
JUNO 2 Cigarette
 Josef

Verkäufe.
Gardinen! Steppdecken! Vorläufer! Tischdecken! außerordentlich billig! Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hadericher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet.
Wandbildhaus Hermannplatz 6. Spotbilliger Bettdeckenverkauf. Bilderverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenverkauf. Nischenauswahl Herrenscheren. Sonntagsverkauf ebenfalls.
Dringmaschinen und Nähmaschinen billig, auch auf Teilzahlung. Weidmann, Goldmannstraße 26. [2065]*
Leppich-Thomas, Dramenstr. 126, verkauft farbige halbe Leppiche halbt. billig; Gardinen, Steppdecken, Tischdecken halben Preises. Vorwärtsleiter 5 Prozent Extrarabatt. 7852*
Vorjährige elegante Herrensachen und halbes aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21.
Leppiche! (lederbaste) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Leppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!
Leppiche (Hardenbaste) enorm billig. Gardinen, Steppdecken direkt Fabrik. Kauterhoff, Große Frankfurterstraße 8, parterre. "Vorwärts"-Leier zehn Prozent! 6008*
Guten Tag, Herr Weidmann, na, Sie waren doch schon lange nicht da. Na, Sie sind doch da oben weggezogen und da ist man halt mal wo anders hingegangen. So, waren Sie denn auch mal wo anders? Na, denn's halt so ist, mal hab' ich gut, mal schlecht gekauft, aber ich komme jetzt wieder zu Ihnen, Herr Schilling, und ich bin doch bei Ihnen in den ganzen Jahren nicht passiert. Ich kaufe doch schon über 9 Jahre bei Ihnen. Es ist doch was anderes. Ich weiß, ich bekomme gute Sachen, dafür sorgen Sie schon, da brauche ich nicht aufpassen. Jetzt habe ich mir hier bei Herrn jungen Mann eine Hofe ausgeliefert. So eine hatte ich schon mal und sie war gar nicht karul zu kriegen. Argeit mich da mal meine Frau rein in die Stadt nach dem großen Warenhaus, suchte mich auch eine Hofe aus. Ja, da hatte ich die Befehlung. Die Leihen waren für Kinderhände gemacht, so kurz. Die Stücke lagen bald los, und der Hund, der lag mal recht tief, richtig hochziehen konnte ich sie nicht. Na, einmal und nicht wieder. Jetzt komme ich wieder zu Ihnen nach der neuen Nummer 38, Turmstraße 38.
Wohrner Rüstergardine, Spotbilliger Sommer-Rüstungsverkauf! Nischenauswahl! Reitergarnitur 1,50, 1,50 bis 11,95. Schalengardinen, Reiter 1,95, 2,75 usw.; Gardinenreife allerbillig! Vorige Gardinen 1,75. Weiß Leppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kollendorfsplatz). Abonnement 10 Prozent Rabatt.

Reichshallen-Morinplatz 58a!
 laufen Sie spottbillig von Spezialisten wenig getragene sowie im Verlag gewene Jackettanzüge, Rodenmäntel, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet 9-18 Mark. Gelegenheitsläufe in neuer Maßgrößen, enorm billig. Nischenposten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20-35 Mark. Extrarabatt in Lombard gewesener Leppiche, Gardinen, Vorläufer, Betten, Bälle, Uhren und Goldwaren enorm billig nur Morinplatz 58a l. 1918*
Jintawaldhäuser, Jober, Sit-, Wannen, Bodenwannen. Spezialität Reichsbergerstraße 47. Leiern 5 Troy.
Bettenband 9., Brunnenstraße 70, im Keller. 12008*
Möbel.
Möbel auf bequeme Art- und Artzahlung. Großes Lager jeder Art. Möbel-Lehner: 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, 2. Gehalt: Müllerstraße 174. Sonntags 8-10 geöffnet. 8508*
Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirksachen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Breidminderung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten läuft bei uns. Reichshallen u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof).
Der Möbel reich und dabei billig laufen will! Klein Spezialgeschäft für Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen bietet Ihnen Vorteile. Geschmackvolle Musterwohnungen, auch gute gebrauchte sowie zurückgelassene Möbel, bequeme Zahlweise gestattet. Kassastelle Rindergüter, keine Anzahlung. Bekannte Rückzahlungsmittel bei Krankheit, Auslieferung u. m. m. Tischlermeister Gubbert, Uckerstraße 54. 245/20*
Kamerlings Möbelspeicher, Schreibertstraße 17, 15. Na, Verkauf um die Ecke, Kottbusser-Allee 56, enorme Auswahl, Gelegenheitsläufe, Spottpreise. Name, Hausnummer beachten. 15715*
Möbel Gelegenheitsläufe, Weidenstraße 6. Große Auswahl neuer gediegener Möbel zu Spottpreisen. 16756*
Möbel! Für Brautleute günstig. Gelegenheitsläufe, Möbel auszuwählen für kleiner Anzahlung geben schon Stufe und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Ueberweisung dabei ausgeführt. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. Möbelgeschäft R. Goldhaus, Joffenerstraße 38, Ecke Simeonstraße. 29018*
Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Kreditende auch auf Teilzahlung und bietet Parteilichkeit der um Verkauf der großen Lager. Niedrige Anzahlung, Rindergüter, Gelegenheitsläufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schay, Brunnenstraße 160, Eingang Antikamerstraße.
Möbelhandlung Morinplatz 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. "Vorwärts"-Leier 3 Prozent Rabatt. 8908*

Wöbel, Soebel, Dramen-straße (Morinplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Große Auswahl 9 Etagen in 2 Fabrikgebäude. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 200,-, 335,-, 407,-, 475,-, 496,-, 537,-, 574,-, 609,-, 651,- bis 1000,-. Zwei Zimmer und Küche 445, 536,-, 640,-, 690,-, 756,-, 895,-, 939,-, 1005,-, 1105,- bis 2000,-. Schlafzimmer 189,-, 262,-, echt Seide 343,-, 371,-, 434,-. Wohnzimmer, modern 215,-, 268,-, 306,-, 341,-, Speisezimmer, echt Seide, 341,-, 414,-, 475,-, 562,-. Herrenschnur 334,-, 424,-, englische Bettstelle mit Matratze 40,-. Truemeu, gefächelt 36,-. Tischstühle 58,-, Umbau 10,-. Bekleidung ohne Kaufmann arbeiten. Für Jahre Garantie. Eventuell Zahlungsvereinfachungen. Gedinet 8-10. Sonntags 8-10. Rein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 198*
Brautleuten! Ruhedarmmittel, bildliche Studie, herrliche Rücken-einrichtung, jeden annehmbaren Preis verlässlich. Bauer, Große Frankfurterstraße 85, 1. Treppe. 120/8*
Plüschsofa 40,00, Chaiselongue 18,00, Truemeu 33,00, englische Bettstellen 25,00. Eigene Lagerbestände. Walter, Stargardstr. 18.
Wanned Plüschsofa zu verkaufen, 15 Mark, Schuster 23, a. Aufgang 4 Treppen, D. Rosper. 7107*
Moderne Möbel, Stühle, Küche, kurze Zeit gebraucht, wegen Auslandsfahrt preiswert zu verkaufen. Klau, Maternstraße 6. 781*
Nur Stallstraße 25, Hochbahn Kottbusser-Lor, befinden sich die Aus- und Verkaufsstellen der altrenommierten Möbelfabrik R. Gutschow. Verlobte bitte um Bekämpfung meiner Nischenlager gediegener Speise-, Herrn-, Schlaf-, Wohnzimmer, Salons, Küchen. Innerhalb niedrige Preise bei unbeschränkter Garantie. Katalog gratis. 8828*
Verkäuflich (Händler vertreten): Prachtvolles Plüschsofa, Umbau, Ruhedarmmittel fast neu, Jorndorferstraße 4, I. Etage. 120/10*
Chaiselongue, Kleiderstanz, Tischstanz, Feldbestelle und Döngelampe veräußert. Händler vertreten. Nachmittags 1-4. Niederbarnimstraße 26, IV. Walter. 120/9*
Geschäftsverkäufe.
Grundstück mit Milchgeschäft zu verkaufen. Zu erstagen Kommoden, Luderstraße 2. 8318*
Barbieregeschäft wegen Todesfall, 300 Mark, auch Teilzahlung. Zu erstagen Weichense, Osthausbühlstraße 1, Restaurant. 7103*
Einmal veräußert, 55 halbe Bayrisch, andere Getränke, 17 Jahre bestehend, Brauereibühne. Döner-Platz, Stalherstraße 20. 717*
Reparatur, viel Vereine, billige Preise, zu verkaufen. Westender, Weiningerstraße 5. 796*

Edislon billig zu verkaufen. Erforderlich 400 bis 500 Mark. Zu erfragen Reußstr. Sanktstraße 11, bei Bagener, Schuhmacherladen. 768*
Musikinstrumente.
Pianino, Harmonium, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 5348*
Bilder.
Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Silber-Hogan, Weinmeisterstraße 2. 22488*
Fahrräder.
Rund-um-Berlin-Räder und Pneumatik, anerkannt erstklassig, preiswert und elegant. Nischenauswahl. Inulante Bedingungen. Zahlungsabnahme älterer Räder. Neue Spezialräder, Jahresgarantie, mit Pneumatik 35,00. Chronographen-Rad für Belmischerstraße 2, Chausseestraße 92. Große Frankfurterstraße 144, Realdin, Hermannplatz 6, Bergstraße 4.
Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Holztrierstraße 116. Bilmersdorf, Ullandstraße 100. Charlottenburg, Konigsstraße 57. 120338*
Teilzahlungen, Fahrradhaus Nischenstraße 20. Wilhelmshavenerstraße 73 (Edislon Turmstraße). Vorwärtsleiter fünf Prozent Rabatt.
Erstklassige Fahrräder, Monats-rate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 798*
Fahrradvertrieb „Groß-Berlin“ reelle und billige Bezugsgeschäfte, Reparaturen gewissenhaft und schnellstens. Neue Schönhauserstraße 9, Brunnenstraße 145, Badstraße 9, Müllerstraße 13, Turmstraße 25, Charlottenburg, Spandauerberg 29.

Platinabfälle, alle Goldschmelzen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alle Uhren, Steingold, Goldmatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände lauff. Brod, Edelmetall-Schmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telefon Morinplatz 8476. 5908*
Rahngedisse, Gold, Silber, Zessen, Platina lauff. höchstzählend Blumenschmelze, Brunnenstraße 3, Rosenthaler Tor. 6928*
Rahngedisse, Platinabfälle, Gold-einlauf, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzählend Schmelzerei Müller, Feltenerstraße 10. 14555*
Rahngedisse, Zahn bis 1,30, Platin-abfälle 5,75, Goldschmelze, Silber, Quecksilber, Stanniolpapier, Jinn 3,50, Kupfer 1,24, alle "Metalle" höchstzählend. Edelmetall-Einfuhrsbureau Webersstraße 31. 8618*
Platinabfälle, Gramin 6,50, Silber, Gold, Silber, Rahngedisse, Stanniol, Quecksilber lauff. höchstzählend. Schmelzerei, Auguststraße 19 III. 14555*
Kupfer 100-118, Messing 60-80, Jinn, Zinn, Blei, wie alle Metallabfälle höchstzählend. Meyer, Fildorferstraße 58. Telefon. 120/18

Rasenbleiche, Frau Kaufh. Köpenick, Grünauer Straße 45, wach, sonntags, lauder. Kafes, Leidschick vier Handtücher 0,10. Rein Verkauften, Abholung Donnerstags. 16056*
Teilzahlung, Anfertigung elegant Herrengarderobe. Marcus, Dragonerstraße 27. 218/17*
Wer leicht Parteigenossen 300 Mark? Monatliche Ratenzahlungen 15 Mark. Sichert bei Wirtschaft. Dierken Z. 25, Gosiamp 65. 7107*

Vermietungen.
Zimmer.
Möbliertes Zimmer zu vermieten Auguststraße 51, vorn III rechtis. *
Möbliertes Zimmer für Herrn oder Dame Bienenstraße 10, II links.
Kleines möbliertes Zimmer zu vermieten Schwarzkopffstraße 13, parterre links. 13435*
Teilnehmer für möbliertes Vorder-zimmer, sofort, 15 Mark. Gernh. Grachstraße 62 II. 14136*

Schlafstellen.
Schlafstelle, freundliche, vermietet Herrn. Witte Walthers, Simon-Dachstr. 19, Duerge. 717*
Möblierte Schlafstelle, ein oder zwei Herren. Bei Spil, Schöneberg Hauptstr. 148. 796*

Mietsgesuche.
Junger Mann sucht saubere, alleinige Schlafstelle im Westen. Offerten mit Preisangabe H. P., Postamt Charlottenburg 2. 16045

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Kordmacher auf grün geflagene Arbeit stellt ein Karl Großmann, Franz-Dachholz, Berlinstr. 6. 16018*
Gebirge Klauenflepperin im Hause, Jagdstr. Reußstr., Fallstraße 19.

Achtung! Holzarbeiter.
 Wegen Streit oder Lohn-differenzen sind gesperrt:
Vauflischer Gebr. Raabe, Hebdomstr. 31.
Goldbleifenfabrik Raethel, Boedstr. 25.
 Das Berliner Arbeitswilligen-bermittlungsbureau d. gelben "Handwerkerkammerverbandes". Arbeitsnachweis d. Stellmacher-innung und der Wagenfabri-kanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
 Jung ist streng ferngehalten.
 Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl liegen nur bis zum 30. Juli aus! Genossen, seht die Listen ein!

Partei-Angelegenheiten.

Bierter Wahlkreis, 4. Abteilung. Am Mittwoch, den 23. Juli, findet ein Kaffeekochen in Neu-Heigoland statt. Abfahrt mit dem Dampfer um 2 Uhr von der Oberbaumbrücke. Fahrgehalt hin und zurück 50 Pf. Kinder die Hälfte. Recht zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Hohen-Schönhausen. Am Mittwoch, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Rejher, Berliner Straße 93, öffentliche Versammlung; Thema: „Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften im Wirtschaftsleben“. Referent Gen. Dähnel.

Am Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet von den bekannten Bezirkslokale eine Flugblattverteilung statt.

Johannisthal. Mittwoch, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Arbeiterheim, Friedrichstr. 60.

Berliner Nachrichten.

Das Kammergericht.

Wohl jeder Berliner kennt in der Lindenstraße, schräg gegenüber der Markthalle, das niedrige Haus mit der hölzernen Steinrampe, dem man wohl sein ehrwürdiges Alter, schwerlich aber seine Bestimmung als oberstes Rechtsprechungsorgan für den preussischen Staat ansieht. Noch weniger wird er sich über den Geist juristischer Haarplatterei, der all da umgeben soll, oder über Gerkommen, Eristenz und Bedeutung des nuchternen Kastens den Kopf zerbrechen, weil schließlich für diese wenig fruchtbare Tätigkeit doch die — Kammergerichte räte amtlich gesetzt sind. Und dennoch — auch das Kammergericht hat seine „Geschichte“, die sich rückwärts durch ein halbes Jahrtausend spinnt.

Seine Entstehung datiert eigentlich von dem Tage an, da die geschäftsklugen Hohenzollern mit dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg sich im Lande festsetzten und sich rasch zu Kurfürsten von Brandenburg machten. Das geschah am 21. Januar 1412. Seyhaft wurde das genannte Gericht freilich erst mit dem Entstehen des von Kaspar erbauten Schlosses an der Spree, von dem an der Wasserseite heute nur noch ein Turm, der „grüne Gut“, übrig geblieben ist, und in dessen Räumen das Kammergericht noch bis 1660 untergebracht war. Lange Zeit war es übrigens nur eine Kabinettsjustizbehörde von untergeordneter Bedeutungslosigkeit. „Schlechtes Richtermaterial, schlechtes Advokatenmaterial, schlechte Prozedurordnung und landesherrliche Eingriffe“ hätten, so urteilt der Berliner Amtsgerichtsrat Beringuer, seinem Ansehen empfindlich geschadet. Erst unter Friedrich Wilhelm I., als Samuel von Cocceji 1722 zuvörderst Präsident des Kammergerichts, sodann preussischer Justizminister wurde, sei von durchgreifenden Reformen zu sprechen. Welche geringe Schätzung der erste Preußenkönig von jenem Richterkollegium hatte, bewies er unter anderem dadurch, daß er den Titel „Kammergerichtsrat“ nur gegen Zahlung entsprechender Gebühren an die Rekrutierungskammer verlieh. Und als ein junger Manblütler um Verleihung des Titels nachsuchte, da sagte Friedrich Wilhelm I.: „Ein gut gewachsener Adliger ist dazu zu schade“, und ernannte ihn zum — Dragonerleutnant.

Cocceji war es auch, der den König zur Errichtung des Kammergerichtsgebäudes zu bestimmen wußte. Erst sollte das Institut in einem gräflichen Palais, an der Ecke der Stechbahn und Brüderstraße, das der Kurfürst Friedrich III. für 16 000 Taler erworben hatte, unterkommen. Als einige Zeit später das Oberappellationsgericht begründet wurde, erhielt das Kammergericht seine Geschäftsräume in einem zum Marstall gehörigen Gebäude auf der östlichen Seite, nahe am Schlossplatz. Schließlich mußte es sein eigenes Haus haben. Für den Bauplatz wurde eine Gegend an der äußersten Peripherie der Friedrichstadt gewählt, nämlich an der alten nach Teltow führenden Landstraße, der heutigen Lindenstraße. Im Herbst 1733 wurde der Grundstein gelegt. Im nächsten Jahre stand der Bau fertig, trotzdem bis Frühjahr 1735 aus und war seitdem bewohnbar. Das Haus lag zwischen Gärten eingebettet; nur an der Vorderfront führte die mit jungen Linden bepflanzte Straße vorbei.

Auch militärischen Zwecken diente das Gebäude, da zwei nachbarschaftlich garnisonierende Regimenter auf dem sehr geräumigen Boden ihre Montierungskammern erhielten. Hernach sollte es unendliche Schwierigkeit kosten, wenigstens doch ein knappes Viertel des Bodens für die stetig sich mehrenden reponierten Prozeduren zu erlangen. Diese militärische Benutzung der Räume erklärte es auch, daß das Kollegienhaus stets von einer Militärwache bezogen wurde, die dann, wenn die Garnison von Berlin abwesend war, durch Bürgergardisten ersetzt wurde. Das Schilderhaus mit dem gewehrshaltenden Grenadier erscheint daher auf allen alten Abbildungen des Kollegienhauses.

Das Kammergericht sollte aber auch einmal in politische und literarische Angelegenheiten hinübergreifen, insofern wenigstens, als Kammergerichtsräte seit Inkrafttreten der Karlsbader Beschlüsse (1819) zu Mitgliedern der „Immediat-Untersuchungskommission zur Ermittlung staatsgefährlicher Verbindungen“ befohlen wurden. Ihr gehörte von 1819 bis 1821 auch Ernst Theodor Amadäus Hoffmann an. Uebrigens hatte das Kammergericht nur kraft ihm von der Ministerialkommission gegebenen Auftrages einzuschreiten. Das war besonders der Fall, als 1834 die staatspolitische Verfolgung der Schriftsteller des jungen Deutschland einsetzte, die dann 1835 durch die Bundesratsbeschlüsse erst recht noch verschärft wurden. Da sich jedoch das Kammergericht zuerst nicht jener Ministerialinstanz unterstellen wollte, so wurde es durch eine Kabinettsorder vom 20. Mai 1834 besonders angezweifelt, hierin allen Verfügungen des Königs „unangelegen ob und worin die Kriminalordnung hiervon abzuweichen, Folge zu leisten.“

Endlich sei daran erinnert, daß auch zwei namhafte Voeten Räte des Kammergerichts gewesen sind. Hoffmann, der geniale Dichter-Musiker und Karikaturist, dessen bereits Erwähnung geschah, arbeitete von 1798 bis 1800 dort als Refe-

rendar und seit 1816 als wohlbestallter Rat. Allerdings betrachtet man den inzwischen als Novellist, Opernkomponist und Theaterkapellmeister zu einiger Berühmtheit gelangten, so wunderbaren Geist in juristischen Kreisen mit etwas verwunderten Augen. „Der Justizgroßmogul“, sagt er, schein ich „für ein erotisches Gewächs zu halten, das in der Justiz sich nicht einbürgern könne.“ Der andere Dichter und Kammergerichtsrat war Hoffmanns ostpreussischer Landsmann Ernst Wichert, der hier erst vor wenigen Jahren verstorben ist. Ob in den muffigen Gassen der heiligen Themis noch ein Hauch des literarischen Geistes von ehedem zu verspüren, das ist doch sehr die Frage.

Reklameaufzug.

In der heutigen Zeit ist die Reklame für einen Geschäftsmann eine dringende Notwendigkeit und jedes größere Geschäft hat ein ständiges Reklamekontor, ohne das heute nicht gut mehr auszukommen ist. Das dabei auch recht ungeschickte Reklame unterläuft, kommt häufig vor, muß aber hingenommen werden. Wenn aber die Reklame zu einem empörenden Aufzug ausartet, muß öffentlich dagegen Stellung genommen werden. Das Abzahlungshaus: „Alle Tage Anders“ am Kottbuscherplatz ließ dieser Tage eine Reklame verbreiten, die auf der einen Seite ein Bild aus dem Hererosfeldzuge brachte. Deutsche Soldaten schießen auf Hereros bei Omaruru. Der Text der Bilder besagt, daß die Hereros sich durch Mordlust und Hinterlist hervortun usw. In Wirklichkeit sind die Hereros ausgeraubt worden. Die Firma „Alle Tage Anders“ läßt gut, etwas weniger Geschmacklosigkeit zu entwickeln, die unter den Arbeitern des Nordens, denen diese Reklame in die Hand gedrückt werden, nur Empörung auslösen kann.

Von den „Freunden“ der Laubenzolonisten.

Die Stadt Berlin hat durch die Verwaltung ihrer Kieselgüter vor einigen Jahren eigene Laubenzolonien einrichten lassen. Auf ihren Ländereien bei Blankenburg sind ausgebeutete Kolonien von „Kleingärten“ entstanden, für die sich aus der erholungsbedürftigen Bevölkerung der Arbeiterviertel von Berlin-Rod zahlreiche Pächter gefunden haben. Diesen „Kleingärten“-Pächtern wird von dem Amtsvorsteher Mahle zu Französisch-Buchholz, in dessen Nachbereich die Blankenburger Ländereien liegen, das Leben da draußen recht sauer gemacht. Wer eine Laube bauen will, muß dazu die Genehmigung des Amtsvorstehers nachsuchen, der aber gestattet nicht, daß Feuerungsanlagen in den Lauben eingerichtet werden. Da viele Pächter die Feuerungsanlage nicht entbehren zu können meinten und auf eigene Verantwortung eine solche einrichteten, so muß jetzt in des Amtsvorstehers Auftrag der Gendarmenwachmeister Schneider aus Französisch-Buchholz sich die Weine ablaufen, um ungenehmigte Feuerungsanlagen auszulundschaften. Wehe dem Kolonisten, bei dem das „Auge des Gesetzes“ ein verbotenes Ofenrohr erspäht! Ein Strafmandat ist dem Pächter gewiß, und zwar sogleich beim erstenmal ein nicht zu knappes, das ihm 20 Mark Geldstrafe aufpaßt. In den letzten Wochen hat in den Blankenburger „Kleingärten“ der Gendarm an hundert Kolonisten zur Strecke gebracht, die jeder die Feuerungsanlage mit 20 Mk. Geldstrafe büßen sollen. Ja, es ist „ein Vergnügen eigener Art“, Laubenzolonist zu sein!

„Nur Scherz“.

Selbstmord verübt hat der 25 Jahre alte Monteur Georg Steingraber aus der Bornholmer Str. 73. Der junge Mann, der kurz vor der Verheiratung stand, verlor seine Braut ständig mit Eifersucht. Am Sonnabend abend besuchten beide gemeinsam eine Schankwirtschaft in der Swinemünder Straße, und auf dem Heimwege gerieten sie wegen der Eifersüchteleien wieder in Streit. In Hause angekommen begab sich Steingraber in die Küche und leerte hier ein Glas mit einer giftigen Flüssigkeit. Dann ging er zu seiner Braut und sagte ihr, daß er sich vergiftet habe. Als diese einen Arzt herbeiholen wollte, versicherte er, daß er nur Scherz gemacht habe. Kaum hatte er aber mit seiner Verleumdung geendet, als er besinnungslos zusammenbrach und auf der Stelle verschied. Ein Arzt, den die Braut jetzt herbeiholte, stellte fest, daß er sich tatsächlich vergiftet hatte.

Vorsicht vor Friedhofsdieben!

Am Grabe ihres Mannes bestohlen wurde wieder einmal eine Witwe auf einem Reußliner Friedhof. Wie es scheint, treibt sich auf den Friedhöfen in der Hermaustraße ein Dieb umher, der die „Spezialität“ hat, Trauernden in einem unbewachten Augenblick die Handtasche zu entleeren. Vor einigen Tagen erst wurden eine Dame auf dem Jakobikirchhof aus einer Tasche, die sie, während sie ihre Gieskanne füllen ging, auf der Grabbank hatte liegen lassen, 75 Mark bares Geld und wertvolle Schmuckstücke gestohlen. Eine andere Dame wurde auf dieselbe Weise auf dem Emmauskirchhof mehrere hundert Mark bares Geld und Wertgegenstände los. Am Sonnabend büßte jetzt wieder die Witwe eines Oberwachtmeisters auf diesem Friedhof Schmuckstücke und bares Geld im Gesamtwerte von ungefähr 200 Mark ein. Die Frau hatte von den frühesten Diebstählen gelesen und deshalb aus Vorsicht schon ihre Pension, die sie früher auch stets beim Ausgehen mitzunehmen pflegte, in ihrer Wohnung zurückgelassen. Auf dem Kirchhof steckte sie einen Brillantring im Werte von 150 Mark, um ihn bei der Arbeit am Grabe zu schonen, in das Portemonnaie und dieses in die Handtasche. Sie dachte aber nicht daran, diese mit zum Brunnen zu nehmen. Die wenigen Minuten ihrer Abwesenheit benutzte ein Dieb, das Portemonnaie mit Inhalt aus der Tasche zu hehlen. Die Frau verdächtigt einen Burschen von 16 Jahren, der dort umherfährt.

In der Maske eines Bettlers.

Als „Bettler“ trat ein Einbrecher auf, der am Sonntag dem Hauke Alexandrinenstraße 116 einen Besuch abstatte. An den Türen klingelnd, suchte er festzustellen, welche Wohnungen unbewacht waren. Schließlich verschaffte er sich Zutritt zu der im Seitensügel gelegenen Wohnung einer Familie, die verzeilt ist. Er wurde von den Hausbewohnern bei der Arbeit überrascht und zur nächsten Polizeiwache geführt. Dort gab er an, Wilhelm Kräger zu heißen.

Der Polizeipräsident über Filmzensur und Kinokontrolle.

Der Verein der Lichtbildtheaterbesitzer Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg hatte sich an den Minister des Innern beschwerdeführend gewandt, weil den Kinobesitzern durch den Berliner Polizeipräsidenten vor Erlangung von Anzeigen durch die Beamten der Exekutive keine Möglichkeit gegeben wurde, den jeweiligen Tatbestand festzustellen. Dem Verein ist daraufhin jetzt auf Veranlassung des Ministers vom Polizeipräsidenten ein langer amtlicher Bescheid zugegangen, dem wir folgende interessante Ausführungen über die Filmzensur und Kinokontrolle entnehmen:

„Die einen großen Aufwand an Arbeitskräften erfordernde und auch sonst erhebliche Kosten verursachende zensurpolizeiliche Filmprüfung kann ihrem Zweck nur dann erfüllen, wenn gleichzeitig die öffentlichen Kinovorstellungen daraufhin überwacht werden, daß tatsächlich nur zugelassene Filme zur Vorführung gelangen, und daß auch diese lediglich in der polizeilich genehmigten Form gezeigt werden. Die zunächst mit der Ueberwachung betraut gewesenen Beamten der zuständigen Polizeidirektoren haben sich dieser Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Abgesehen davon, daß ihnen eine eingehende Kenntnis der Zensurgrundlagen fehlte, und daß sie sich mithin oft darüber nicht klar gewesen sein mögen, welche Bilder in einem Film erlaubt und welche verboten waren, mißlang ihnen die einwandfreie Feststellung zensurpolizeilicher Unregelmäßigkeiten meist auch schon deshalb, weil sie den Kinobesitzern und deren Angestellten in der Regel persönlich bekannt waren. Um eine wirksame Ueberwachung der Lichtspiele zu gewährleisten, mußten daher besondere Beamte, die in den beteiligten Kreisen unbekannt sind, eigens für die Zwecke der Kinokontrolle angelesen werden. Aufgabe dieser über die zensurpolizeilichen Grundzüge genau unterrichteten Exekutive ist es, jetzt lediglich den öffentlichen Vorführungen unauffällig und unerkannt beizuwohnen und über die hierbei von ihnen gemachten Beobachtungen zu berichten. Die Eingabe vom 11. April scheint nur von der Annahme auszugehen, daß etwaige Zensurübertretungen gleich am Ort und Stelle von den abertausenden Beamten festgestellt werden. Diese Annahme ist irrig. Die Beamten, denen ja die Zensurkarte nicht zur Verfügung steht, können eine solche Feststellung zunächst gar nicht treffen. Ueber ein polizeiliches Einsprechen wird deshalb erst dann Entscheidung getroffen, wenn sich auf Grund der Meldungen der Exekutive nachher an der Hand der Zensurkarten und der als Beweismaterial hier ausbehaltenen Ausschnitte herausstellt, daß eine Zensurpolizeiübertretung in Frage kommt, sei es, daß ein überhaupt nicht genehmigter Film gezeigt worden ist, sei es, daß der Film nicht den für die öffentliche Vorführung gestellten Bedingungen entspricht. Dieses Verfahren hat sich bewährt und muß auch fernerhin beibehalten werden.“

Eine „wohlthätige gnädige“ Frau.

In der Nr. 301 des „Berliner Lokal-Anzeiger“ ist folgendes Inserat zu finden:

Nehme auf Land bei freier Station für ca. 7 Wochen gewandte Schneiderin, auch geht in Kindergarberobe, bei bescheidenen Ansprüchen. Auf Wunsch für Erholungsbedürftige 6 Stunden Tagesarbeit, dann kein Gehalt. Bewerbungen sind Empfehlungen beizufügen.

Frau von Arnim
Krochlendorff R. R.

Die gnädige Frau will eine Schneiderin auf möglichst billige Weise haben. Bescheidene Ansprüche darf sie aber nur stellen. Was mag die Frau v. Arnim darunter wohl verstehen? Die Antwort auf diese Frage scheint uns der zweite Satz in dem Inserat zu geben. Eine Erholungsbedürftige braucht nur 6 Stunden zu arbeiten, wenn sie auf Gehalt verzichtet, dafür soll sie Landluft atmen können. Wieviel Stunden muß dann erst die Schneiderin arbeiten, die von dieser großen Vergünstigung keinen Gebrauch machen will und welche Entlohnung wird dieser Arbeitsbiene zugestimmt?

Ein rätselhafter Selbstmord.

In der Nacht vom 14. zum 15. Juli vergiftete sich die im städtischen Krankenhaus zu Charlottenburg, Kirchstr. 19/20, angestellte Krankenschwester Fella Kempe mit Sublimat. Sie wurde noch lebend aufgefunden und auf Anordnung des leitenden Arztes nach dem Krankenhaus Westend gebracht, wo sie am Sonntag, den 20. Juli starb.

Dampferunfall auf der Oberspre.

Große Aufregung unter den Fahrgästen verursachte am Sonntag nachmittag ein Dampferunfall auf der Oberspre. Die Schiffreederei Saewert veranstaltet regelmäßig Fahrten von Berlin nach Woltersdorf. Sonntag nachmittag trat der Dampfer „Königin Luise“ nach 2 Uhr wieder eine solche Fahrt mit 50 Fahrgästen an. An der Oberbaumbrücke gab es plötzlich einen furchtbaren Knack. Der Dampfer ramnte mit der Vorderseite gegen einen Weidenpfeiler so wuchtig an, daß der Schornstein, das Sonnendeck und die Vorderbrüstung in Trümmer gingen. Der Passagiere bemächtigte sich eine große Verwirrung und Aufregung. Sie kamen aber mit dem Schrecken davon, denn verletzt wurde niemand. Es ist dies dieselbe Reederei, deren Dampfer wiederholt schon die Öffentlichkeit beschäftigt haben. Wie wie kürzlich berichteten, sprang bei Rahnsdorf, unterhalb des neuen Kruges der 20 Jahre alte Sohn des Produktenhändlers Prohl aus der Pustlauer Straße in die Müggelspre. Trotzdem der Vorfall auf dem Schiff große Aufregung hervorrief und der Schiffsführer davon erfuhr, fuhr dieser ruhig weiter. Seine Ausrede, daß er nicht habe halten können, weil ein großer Schleppzug ihm in kurzer Entfernung gefolgt sei, ist durch Zeugenaussagen absolut widerlegt. Es ist in absehbarer Entfernung gar kein Dampfer gekommen. Der Schleppdampfer „Wilhelm“, unter dem sich die Leiche des jungen Mannes festsetzte und der sie mit nach Berlin schleppte, ist erst gekommen, als der Dampfer schon weit außer Sicht war.

Ein Revolverattentat. Der 27jährige Bierkutscher Ernst Kraß, Tilsiter Str. 10 wohnhaft, gab auf seine Weidenweg 79 wohnende Schwiegermutter, die Arbeiterfrau Ernestine Hande geb. Hebig, in deren Wohnung in angetrunkenem Zustande aus einem Revolver einen Schuß ab und verletzte sie leicht an der linken Wange. Die Verletzte wurde auf der Hilfswoche verbunden und dann in ihrer Wohnung belassen. Der Täter wurde verhaftet. Die Ursache des Vorfalls ist in Familienzwistigkeiten zu suchen.

Ein gräßlicher Kindesmord wurde gestern nachmittag im Tiergarten entdekt. Dort fand ein Aufseher an der Reiterbrücke der Housseaninsel im Wasser die Leiche eines neugeborenen Kindes, an der noch deutliche Spuren der gewaltsamen Lösung sichtbar waren. Dem Kinde war der Kopf vollständig eingebrückt worden. Die Leiche war sodann in schwarzes und braunes Packpapier gewickelt, an dem mit einer Schnur ein in weiße Leinwand gefüllter Dache-

ziegel gebunden war. Die kleine Leiche wurde von dem Kuffner der Polizei übergeben, die sie nach dem Schaubause bringen ließ. Die Kriminalpolizei, die nach der unnatürlichen Mutter jagndet, hat bisher noch keine Spur von ihr finden können.

Umfangreiche Razzien wurden in der letzten Woche an verschiedenen Tagen von der Kriminalpolizei im Friedrichshain vorgenommen. Eine große Anzahl Kriminalbeamten umstellten nachts im Verein mit einer großen Anzahl Beamten der benachbarten Reviere, die in Zivil erschienen und auch zum Teil Polizeibeamte bei sich führten, den Hain und veranstalteten ein regelrechtes Reflektreiben. Während bei der ersten Razzia ungefähr 50 Mann den Weg zur Wache antreten mußten, waren es bei der zweiten nur noch die Hälfte. Bei der letzten Razzia wurden noch 5 Mann festgenommen. Unter den Siftierten befanden sich eine ganze Anzahl gefuchter Personen sowie ein aus einer Anstalt entwichener Geisteskranker. Diese Razzien werden zur Säuberung der Parks auch in den anderen öffentlichen Gärten und Anlagen vorgenommen werden und sollen bezwecken, daß harmlose Leute, die in später Abendstunde dort noch spazieren gehen oder auf dem Heimwege durch die Anlagen kommen, nicht mehr so sehr Gefahr laufen, von herumlungern den Wurschen belästigt und wie in vielen Fällen, sogar tödlich angegriffen zu werden. Es fragt sich nur, ob nicht auch Personen bei den Razzien nach der Wache geschleppt werden, die vollkommen unschuldig sind. Das scheint aber bei der Art, alles, was sich spät abends in Parks aufhält, zu siftingen, der Fall zu sein.

Zweiter Wahlkreis. Bei dem am Sonntag stattgefundenen Sommerfeste sind verloren gegangen: 1 Damenhandtasche mit Schlüssel, 1 Herrenkirm, 1 Damenschirm, 1 Damenuhrente. Abzugeben bei Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Verloren gegangen sind am Sonnabendabend in der Nähe der Rotfischer Straße ein Krankenlassenbuch, eine Invalidentarte und verschiedene Zeugnisse. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselben bei Franz Gutzeit, Schleifische Straße 14 abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf-Galensee.

Unser Parteigenosse Oscar Niesel hat gestern wegen Fortzuges von Wilmerdorf sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt. Er verläßt sein Amt in der Berliner Zentralleitung des Gemeindearbeiterverbandes mit einer Stellung in der Verbandssentrale seiner Heimatstadt Hamburg. Da Niesel seit kurzem auch das Amt des Vorsitzenden im sozialdemokratischen Wahlverein Wilmerdorf bekleidet, so hat auch hier in der am Ende des Monats stattfindenden Versammlung eine Neuwahl zu erfolgen. Daß die Arbeiterschaft des Ortes den Fortzug unseres tüchtigen Parteigenossen lebhaft bedauert, bedarf keiner näheren Ausführung.

Neufölln.

Herlenpartie. Am Sonnabend, den 26. und Sonntag, den 27. d. M., findet die Partie über Strausberg nach Freiental statt. Treffpunkt Sonnabend morgens 8 Uhr, Bahnhof Neufölln. Für Nachzügler am Sonnabendabend 5 Uhr 25 Minuten oder 9 Uhr 5 Minuten von Berlin, Wriezener Bahnhof nach Leubusger, Gasthof von Kraag. Fahrpreis 4. Klasse 0,85 M. Die Teilnehmerliste wird am Mittwochabend geschlossen, bis dahin werden noch Meldungen im Sekretariat, Redarstr. 8, oder bei Gen. Putenschön, Mahlower Straße 25 IV, angenommen.

Weißensee.

Eine Gemeindevertreterversammlung jagt jetzt die andere, um wiederholt Stellung zur Weißenseer Bank zu nehmen. Die außerordentliche Inanspruchnahme der Gemeinde hat anscheinend „oben“ nicht den richtigen Gefallen gefunden, anders ist die Unschlüssigkeit des Kreis-ausschusses ohne Mitwirkung des abwesenden Landrats nicht zu verstehen. Die letzte geheime Sitzung stand unter dem Druck des Beschlusses des Kreis-ausschusses, die sonst führenden Herren waren sehr wortkarg. Auch scheinen die Verhandlungen mit den größeren Kreditoren der Bank, ihre Gelder noch längere Zeit der Bank anzubehalten, keinen großen Erfolg zu versprechen. Wie der Weißenseer Banksturz daher enden wird, kann nicht vorausgesetzt werden. Da die geheime Sitzung infolgedessen nicht viel Verdienstwert hatte, wurden besonders die schlechten Verlehrsverhältnisse besprochen und wurden viele „Wünsche“ an die Große Berliner gestellt; einzelne Linien werden garabzu zum Sohne, so fährt z. B. der erste Wagen der Linie Z des Sonntags erst gegen 1/11 Uhr ab, der letzte Wagen der Linie 83 fährt vom Gelliker Bahnhof schon vor 10 Uhr ab. Es wurde wieder auf die Große Berliner geschimpft und trotzdem wird es nicht viel wirken. Die nächste Gemeindevertreterversammlung findet bereits wieder am Freitag statt.

Berichte des Gewerbegerichts und Kaufmannsgerichts für das Jahr 1912. Beim Gewerbegericht wurden im abgelaufenen Geschäftsjahre 280 Streitigkeiten anhängig gemacht, hierzu kamen 42 aus dem Vorjahre übernommene Streitigkeiten, so daß im ganzen 322 Sachen zu erledigen waren; 88 von ihnen waren am Jahres-schluss noch unerledigt und mußten in das neue Jahr übernommen

werden. Die Zahl der Kläger betrug 300. Von den Rechtsstreitigkeiten sind erledigt durch Zurücknahme 18, Vergleich 105, Anerkenntnis 6, rechtskräftiges Versäumnisurteil gegen Kläger 24, gegen Beklagten 85. In 12 Fällen erfolgte Verurteilung nach dem Klageantrage, in 3 Fällen teilweise Verurteilung, in 12 Fällen erfolgte Abweisung der Klage, durch Ruhenlassen erledigten sich 85 Sachen, wegen Unzuständigkeit wurden 5 abgewiesen, und in einer Sache wurde Berufung eingelegt. Abgehalten wurden insgesamt 65 Termine. Davon wurden verhandelt in 37 Terminen vor dem Vorsitzenden allein ohne Zuziehung der Beisitzer, unter Zuziehung der Beisitzer in 28 Terminen. Die Höchstzahl der an den einzelnen Tagen angelegten Sachen betrug für einen Termin ohne Beisitzer 13 und mit Beisitzern 19. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht im Berichtsjahre nicht in Tätigkeit getreten.

Beim Kaufmannsgericht wurden im abgelaufenen Geschäftsjahre 47 Streitigkeiten und zwar von Kaufleuten 2 und von Handlungsgehilfen 45 anhängig gemacht. Hierzu kamen noch 4 aus dem Vorjahre übernommene Streitigkeiten, so daß im ganzen 51 Sachen zu erledigen waren. Drei davon mußten als unerledigt ins neue Jahr übernommen werden. Es fanden zehn Termine mit Zuziehung von Beisitzern statt. Die im Berichtsjahre eingebrachten Klagen verteilten sich nach Streitgegenständen: 1. Antritt, Fortsetzung und Auflösung des Dienst- und Lehrverhältnisses, sowie Ausbändigung und Inhalt des Zeugnisses in drei Fällen; 2. Rückständiges Gehalt und sonstige Leistungen aus dem Dienst- und Lehrverhältnis in 11 Fällen; 3. Ansprüche auf Gehaltsentziehung wegen vorzeitiger Entlassung und sonstiges in 33 Fällen. Hieran waren beteiligt vier Buchhalter, neun Verkäufer, sechs Handlungsgehilfen, sieben Reisende, drei Expedienten, sechs Filialleiter und Kontrolleure, drei Stenotypisten, drei Lehrlinge, ein Kontorist, ein Kassierer, sonstiges zwei, außerdem noch zwei Klagen der Kaufleute. Erledigt wurden durch Vergleich 18, Zurücknahme der Klage drei, Versäumnisurteil an Kläger zwei, desgleichen an Beklagten eins, durch Ruhenlassen fünf, sonstige Endurteile 15. Die geringste Klagesumme betrug 8 M., die höchste 8840 M. Als Einigungsamt trat das Kaufmannsgericht im Berichtsjahre nicht in Tätigkeit. Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht gehört dem Ver-bande Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an. Die Beisitzer erhalten die Zeitschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ auf Kosten der Gemeinde zugestellt.

Treptow-Baumschulweg.

Der Wahlverein beschäftigte am Sonntag vormittag das Krematorium der Gemeinde in der Riefholzstraße. Die Beteiligung seitens der Mitglieder war dabei eine außerordentlich lebhaft, jedoch zu der Befestigung der unter dem Plagnebau gelegenen eigent-lichen Verbrennungseinrichtungen kleinere Gruppen gebildet werden mußten. Ein Angestellter des Bauamts und der Friedhofsdirektor teilten sich in der Führung und Erklärung. Wirt an sich der günstig gelegene Kuppelbau der Friedhofshalle eindrucksvoll, so erwiderte die innere Einrichtung allgemeines Interesse. Nach einem neuen System ist der selbsttätige Verschluss der hydraulischen Verlehnungseinrichtung, die vollständig geräuschlos arbeitet, eingerichtet. Die beiden Seitensügel des massiven Bauwerks beruhen auf ebener Erde helle Kammern zur Einstellung der einwirkenden Leichen in Särgen. In der Mitte liegt ein Sargerraum. Die tiefer liegenden Räume sind sämtlich hell und soweit sie dem Bestattungs-akte dienen, in würdiger Weise sauber ausgestattet, die Wände mit Fliesen belegt. Die ganze Anlage hinterließ allseitig einen günstigen Eindruck. Für die Frauen der Mitglieder, die ob häuslicher Verpflichtungen sich an diesem Besuche nicht beteiligen konnten, ist eine besondere Befestigung für den Abend des 29. Juli geplant.

Teltow.

Stadtverordnetewähler!

Bis zum 30. Juli er. liegen im hiesigen Rathaus, Zimmer Nr. 6, in der Zeit von früh 10 Uhr bis mittags 1 Uhr, die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht aus. Auch können dieselben im Lokale von Bonow, Berliner Straße 16, eingesehen werden.

Bernau.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Abrechnung der Hustenstiele. Genosse Helbig erstattete namens der Rechnungsprüfungskommission, der die Abrechnung zur Nachprüfung überwiesen war, Bericht. Danach schließt das große „patriotische Unternehmen“ mit einem erheblichen Defizit ab. Es sind im Jahre 1911 vereinnahmt einschließlich des Garantiefonds von 20 000 M., welcher von einigen Garantiefondsgeheimern aufgebracht wurde und einschließlich eines Betrages von 1800 M., welche die Stadt bewilligt hatte, zusammen 76 600,31 M. Im Jahre 1912 sind vereinnahmt 43 778,97 M., worunter sich die von der Stadt zum Weiterspielen bewilligten 10 000 M. befinden. Die Ausgaben belaufen sich auf beide Jahre insgesamt auf 127 811,64 M., so daß noch 7482,31 M. abzüglich einer noch ausstehenden Einnahme von 202 M. zu decken sind. Der Stadt ist dadurch ein Schaden von 19 030,31 M. entstanden. Eine weitere Summe von vielleicht 2000 bis 3000 M. wird die Stadt noch an einen Arztstellen zu zahlen haben, mit dem sich der Festausdruck nicht gütlich geeinigt hat, und welcher nunmehr den Klagenweg beschritten hat.

Das gesamte Risiko beträgt also 20 000 M. Garantiefonds, 19 030,31 M., welche die Stadt schon gezahlt hat und noch zu zahlen hat und dann noch die 2000 bis 3000 M. für den Restkosten, so daß das „große Unternehmen“ recht schlecht abschließt.

Der Magistrat ersuchte nun um Bewilligung der noch zu deckenden Summen, wozu unsere Genossen Helbig, Knöschke, Krüger und Werner energisch protestierten. Sie gaben der Meinung Ausdruck, daß diese horrenden Summen kulturellen Zwecken hätten dienen sollen und nicht solch patriotischem Nummel.

Die bürgerlichen Vertreter sahen wie die betrübten Lobgerber da und meinten nur, es müßte das Risiko doch bewilligt werden, damit die Gläubiger zu ihrem Gelde kämen.

Sie bewilligten auch gegen die Stimmen unserer Genossen die zu deckenden Summen.

Höchst wahrscheinlich dürften die bürgerlichen Vertreter wohl befehrt worden sein, bei der Arrangierung solch patriotischer Unternehmungen künftig größere Vorsicht walten zu lassen.

Der Bürgermeister wandte sich alsdann gegen ein Eingekandt im Kreisblatt, worin behauptet wurde, es wären ihm vor Jahren von Friedländer-Jud 10 000 M. angeboten worden zum Ankauf eines Mühlengrundstückes, damit die auf dem Grundstück befindliche Mühle, welche zu dicht an der Wriezener Chaussee erbaut sei und des öfteren Unglück herbeigerufen habe, indem Pferde gesteuert hätten und durchgegangen sind, abgerissen werde. Er brachte ein Schriftstück des Herrn Friedländer-Jud zur Verlesung, worin eine Vertragssumme zum Ankauf besagten Grundstücks entschieden abgelehnt wurde und somit das Eingekandt nicht den Tatsachen entspreche.

Marktpreise von Berlin am 19. Juli 1913. nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,25 bis 20,40, mittel 20,28—20,32, geringe 20,20—20,24. Roggen, gute Sorte 17,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,10—17,50, mittel 16,60—17,00, geringe 16,10—16,50. Hafer, gute Sorte 17,50—19,00, mittel 16,50—17,40. Reis (mixtd), gute Sorte 00,00—00,00. Reis (runder), gute Sorte 14,70—15,20. Rühstroh 0,00. Heu, alt 0,00, neu 6,00—7,40.

Marktpreise von Berlin am 19. Juli 1913. nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—40,00. Linen 35,00—40,00. Kartoffeln (Reinhd.), alte 8,00—14,00, neue 0,00—00,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,80—2,60. Kale 1,80—3,20. Sauer 1,40—3,60. Gräte 1,60—3,00. Porche 1,00—2,40. Schote 1,60—3,50. Biete 0,80—1,60. 60 Stück Arabje 1,00—60,00.

Witterungsübericht vom 21. Juli 1913.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C
Swinemünde	758,2	SE	4 mäßig	14	Saparanda	760,8	SE	2 heftig	19
Hamburg	757,8	SE	3 Regen	13	Petersburg	758,0	SE	1 mäßig	21
Berlin	760,0	SE	4 mäßig	13	Sibir	768,9	SE	1 mäßig	14
Konstanz a. N.	765,8	SE	2 mäßig	12	Aberdeen	764,8	SE	3 mäßig	13
München	763,8	SE	3 mäßig	12	Paris	767,8	SE	1 mäßig	12
Wien	762,8	SE	9 mäßig	12					

Wetterprognose für Dienstag, den 22. Juli 1913.

Kühl und vorherrschend mäßig mit wiederholten Regenschauern und ziemlich häufigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 20. 7.	seit 21. 7.	Wasserstand	am 20. 7.	seit 21. 7.
Memel, Tiff	217	-4	Saale, Großh.	78	-3
Bregel, Inkerburg	24	-4	Havel, Spandau	4	0
Reichel, Thorn	412	+63	Kaßner	-18	0
Dber, Ratibor	338	-166	Spree, Spremberg	70	+2
Krosen	248	+10	Beeslow	81	0
Frankfurt	214	+8	Beser, Witten	148	+1
Wartbe, Schrumm	172	+8	Winden	226	+4
Landesberg	34	+6	Rhein, Magiliansau	523	+3
Rege, Borhamm	-42	+2	Kaub	373	+10
Eibe, Zellmerz	-	-	Rain	250	+5
Dredden	-	-	Redar, Heilbronn	74	+14
Barbe	115	-6	Rain, Hanau	188	+6
Magdeburg	-	-	Wofel, Arier	54	+11

+) + bedeutet Hoch, - Fall. - *) Unterpegel.

Eingegangene Druckschriften.

Wahrheiten über ein deutsches Bergwerk in Böhmen. Von Hermann Schmidt. Preis 50 Pf. Verlag von G. Gledel, Leipzig.
Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Papier- und den Textilfabriken im Jahre 1912. — Protokoll der ersten Konferenz der in den Zellulose- und Papierfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Herausgegeben vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Dienstag
Mittwoch
Donnerstag
Freitag

Pelerinen

Ausnahme-
Preise
für
Loden-
Pelerinen



Sämtliche Lodenstoffe sind vor der Verarbeitung imprägniert worden. Grau oder grünlich Strich-loden, ganz vorzüglich im Tragen, Kapuze abknöpfbar, mit Tragbändern, Armdurchgriffen und Taschen

Für Herren und Damen

Für Knaben und Mädchen

Qualität II: Längen 120 bis 130 cm Einheitspreis 6⁹⁵

Qualität II: Längen 70, 80 und 90 cm 4¹⁰ 100 und 110 cm 5⁶⁰

Spezial-Marke: Längen 120 u. 125 cm 13⁸⁰ 130 cm 16²⁵

Spezial-Marke: Längen 80 u. 90 cm 7²⁰ 100 u. 110 cm 9⁶⁰

Echt englische Gummi-Mäntel 9²⁵
(Single) in allen Größen

Bozener Loden-Mäntel 16⁷⁵
Gute Qualität.

Sport-Anzüge — Rucksäcke — Sweater — Oeltuch-Kleidung — Herren-Mützen

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- u. Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Strasse 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10
Berlin ♦ Gegr. 1891

Sonntags nur von 8—10 geöffnet.

Der reichillustrierte Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos u. portofrei.